PREUSSEN

IM KAMPFE GEGEN DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION BIS ZUR ZWEITEN TEILUNG POLENS

I. ABSCHNITT. KAPITEL 1 und 2

INAUGURAL-DISSERTATION
ZUR
ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE
GENEHMIGT
VON DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER
FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

ACAD. LAND. BAT. BIBL.

Von

KURT HEIDRICH
aus Nakel (Prov. Posen)

Tag der Promotion: 12. August 1908

282

Referenten:

Professor Dr. Lenz
Professor Dr. Delbrück

Mit Genehmigung der hohen Fakultät kommen hier nur die ersten beiden Kapitel des ersten Abschnitts der ganzen Arbeit zum Abdruck. Die vollständige Arbeit wird demnächst im Verlage der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart erscheinen.

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

I. Abschnitt

Bis zum Eintritt Preußens in den Kampf gegen die französische Revolution

1. Kapitel

Von Reichenbach bis Pillnitz

I.

Bis zur Konvention von Reichenbach hatte die französische Revolution auf die preußische Politik fast nur befreiend gewirkt. Sie hatte das trotz aller Spannungen immer noch bestehende Versailler Bündnis zwischen Österreich und Frankreich von 1756/57 tatsächlich zerrissen, und Frankreich schien eine innere Krisis durchzumachen, die seine Kraft nach außen für die nächste Zeit zu fesseln versprach. Damit war von Preußen also in jedem Falle eine Last genommen, die jahrzehntelang auf ihm gelegen, die es in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt hatte oder zu Allianzen hatte nötigen helfen, die sich schließlich als unvorteilhaft für Preußen erwiesen hatten. Denn seit dem Bestehen des Fürstenbundes war den Preußen der natürliche Exerzierplatz ihrer Politik mehr als jemals verschlossen, wenn sie nicht die deutschen Mittel- und Kleinstaaten allesamt in das österreichische Lager treiben wollten. Nur wenn Österreich und Preußen zusammenstanden, konnten sie hoffen, eine Gesundung dieser verrotteten Verhältnisse herbeizuführen, die sich mit rechtlichen Mitteln nicht mehr erreichen ließ. Der Versuch dazu wurde im Jahre 1792 gemacht und erwies sich sofort als undurchführbar.

Solange aber Preußen und Österreich sich als Erbfeinde gegenüberstanden, mußte Preußen, wenn es nicht in der defensiven Stellung verharren wollte, die die Politik der letzten Jahre Friedrichs des Großen kennzeichnet, sich in der Richtung weiter-

bewegen, die mit der ersten polnischen Teilung energisch aufgenommen worden war, und die eine so entscheidende, aber in gewisser Weise auch verhängnisvolle Bedeutung für den preußischen Staat erlangt[1]) hat. Niemand konnte die Unfertigkeit des damaligen Zustandes von Preußen verkennen. Zwar hatte es die so lange ersehnte Verbindung seiner getrennten Provinzen für den Osten durch die Erwerbung von Westpreußen erreicht. Noch aber waren Danzig und Thorn polnisch, und namentlich das polnische Danzig war der preußischen Politik und Wirtschaft ein sehr unbequemes Hemmnis. Aber man hatte es bisher, vornehmlich infolge des Eingreifens der stark interessierten Engländer, immer noch nicht beseitigen können. Als England es nun versuchte, Danzig den Preußen durch einen Handelsvertrag mit Preußen und Polen zu verschaffen, bei dem die ihm lästigen Weichselzölle gefallen wären, da scheiterten die Verhandlungen an dem Widerstande der Polen, die bei dieser Gelegenheit feierlich beschlossen, den Besitzstand der Republik unverletzt zu erhalten. Dazu kam nun noch für Preußen der Keil polnischen Landes, der dicht bis vor die Tore von Küstrin reichte und in einem Kriege Rußlands gegen Preußen, in dem Polen auf russischer Seite stand wie im Siebenjährigen Kriege, die preußischen Provinzen östlich der Elbe mit einer Teilung in zwei, ja in drei Stücke bedrohte.

An Aufgaben fehlte es hier also nicht, und gestützt auf das Bündnis mit den Seemächten (England und Holland) hatte Preußen ihre Lösung seit 1788 in Angriff genommen. Nicht mit Rußland und Österreich gegen Polen wollte man Danzig und Thorn wie den Anteil in der ersten polnischen Teilung erwerben, sondern — zunächst jedenfalls — gegen die Kaisermächte, die ihre Kraft in dem Türkenkriege verwenden mußten, und im Einverständnis mit Polen, das der russischen Herrschaft müde geworden war und an eine politische Regeneration dachte, ohne doch die Kraft zu ihrer Durchführung zu besitzen.

Seit dem Ausbruch der französischen Revolution, die in Belgien den Aufruhr von neuem entzünden half, war in der Tat die Lage für eine Aktionspolitik Preußens im Osten hervorragend günstig. Ungenützt aber ging dieser Augenblick vorüber. Politisch ließ zwar Preußen die stärksten Minen springen — man denke bloß an die Neutralisierung Dänemarks 1788, an das

[1]) F. C. Wittichen in H. V. IX (1906) 176 und 179.

Projekt einer Kaiserwahl des Herzogs Karl von Zweibrücken, an die Unterstützung der Revolution in Belgien und in Lüttich, in Galizien und in Ungarn — aber zu militärischem Vorgehen konnte sich Friedrich Wilhelm II. im Sommer 1789 nicht entschließen. Wenn man sich nach dem Grunde für diese auffallende Erscheinung fragt, so wird man ihn doch wohl in dem Gegensatz zwischen dem König und Hertzberg finden, die mit verschiedenen Mitteln nicht ganz gleiche Ziele verfolgten. In Hertzbergs Plan lag ein Krieg nicht. Er dachte ganz, wie wir es später bei Kaunitz wiederfinden werden, nur an politische Repressalien, an militärische Demonstrationen, wozu ja auch wohl noch der Einmarsch in feindliches Gebiet zu rechnen ist. Aber an einen wirklichen Krieg mit Einsetzung der Macht des ganzen Staates für ein großes Ziel, wo der Erfolg vielleicht nicht ganz den Einsatz gelohnt hätte, wie er meinte, dachte er nicht; denn vor einem kühnen Wagnis scheuen diese politischen Rechner ängstlich zurück. Er verkannte dabei ganz, daß an eine Verwirklichung so weitgehender preußischer Forderungen nur bei Aufgebot aller Kräfte zu denken war, daß es nicht genügte, Europa Gesetze zu diktieren, wenn man ihre Durchführung erzwingen weder konnte noch im letzten Grunde wollte. So erklärt sich das Umbiegen der Hertzbergschen Politik, die die Entwicklung bis zu einem gewissen Punkte treibt, sie dann aber hemmen will und damit schließlich den Erfolg aller Mühen aufs Spiel setzt.

Und dazu stand nun nicht einmal der König hinter dem Plane seines Ministers. Er ließ ihn Politik treiben und weigerte sich nicht, seine Unterschrift unter die betreffenden Aktenstücke zu setzen; aber er begann bereits, daneben eine andere durch Vertreter ohne offiziellen Charakter zu betreiben, mit denen er direkt durch sein Kabinett verkehrte[1]). Friedrich Wilhelm glaubte

---

[1]) Das scheint mir das schwerste Bedenken zu sein, das man gegen seine Politik geltend machen kann. Und noch mehr muß das für das letzte Jahr von Hertzbergs ministerieller Tätigkeit gelten, wo es bis zu der Absurdität kam, daß Friedrich Wilhelm ihn im Amte behielt, zugleich aber befahl, ihm die wichtigen diplomatischen Angelegenheiten zu verbergen. Erst als er davon hörte, zog Hertzberg die Konsequenz aus dem Verhalten des Königs: er bat um seinen Abschied, der ihm sofort in ehrenvoller Weise gewährt wurde. An Versuchen, seine alte Stellung wiederzugewinnen, hat es aber Hertzberg nicht fehlen lassen. Immer wieder trat er an den König heran mit dem Versprechen, die verfahrene preußische Politik wieder in das rechte Geleise zu bringen, und keine noch so kühle Abfertigung hat

wohl von vornherein nicht an das Gelingen eines so weit angelegten doktrinären Planes, wie es der Hertzbergsche in allen seinen zahlreichen Abarten doch immer blieb, der den Preußen allein wirklich nennenswerte Vorteile zu bringen versprach, ohne doch bis zum Äußersten zu gehen, zu dem Kriege mit ganzer Macht. In ihm hoffte der König für seinen Staat wenigstens etwas sicher zu erreichen, und auf ihn arbeitete er hin. Nur so scheint mir sein Verhalten vom August 1789 bis zum Sommer 1790 erklärbar, der Abschluß der Bündnisse mit der Türkei und mit Polen, die Rüstungen, das Drängen auf raschen Abschluß der Verhandlungen, und als Österreich sich in jede seiner schon stark herabgeminderten Forderungen fügte, um der Gefahr eines Krieges mit Preußen zu entgehen, der Friede ohne voraufgegangenen Krieg.

So kam Friedrich Wilhelm wenigstens aus der unerträglichen Doppelstellung heraus, in die ihn dies Doppelspiel ministerieller und königlicher Politik gebracht hatte. Von seinen Verbündeten hatte er eine Unterstützung seiner Absichten nicht erwarten dürfen, im Gegenteil, ihr Widerstand war ihm sicher. England hatte nicht daran gedacht, Preußen die Erwerbung polnischer Gebietsteile zu erleichtern[1]). Polen wehrte sich dagegen seit dem Bekanntwerden der preußischen Absicht so deutlich, daß der Vertrag mit Preußen seine Integrität garantierte. Galizien hätte es zwar gern zurückerhalten, aber seine Stellung an der Ostsee wollte es trotzdem nicht aufgeben. Von der Türkei — von Schweden kann ich hier absehen — war ein freiwilliges Eingehen auf die umfassende Veränderung der Karte von Europa, bei der es allein die Kosten tragen sollte, nicht zu erwarten[2]). Sollten nun Rußland und Österreich auf einen Tausch eingehen, bei denen ihre Gewinn- und Verlustrechnung doch ziemlich gleichstand, während sie nach den Ergebnissen des letzten Feldzuges auf Vorteile, mochten sie auch gering sein, rechnen durften? Nur die Gewalt der Waffen konnte ihnen dies demütigende Zugeständnis abringen, und unter dem Druck der preußischen Drohung war Österreich geneigt, sich darein zu finden — Rußland nicht. Ohne Krieg war also dieser Plan nicht durchzuführen, bei dem sich

---

ihn von erneuten Versuchen gleicher Art abhalten können. Eine krankhaft übertriebene Eitelkeit und Selbstüberschätzung verleitete ihn zu dem Glauben, er allein vermöge Preußen aus diesem Sumpfe zu retten.

[1]) Salomon, Teilung 28 ff. und Salomon, Pitt I 2, 447 ff.

[2]) Carisien 110.

Preußen seine Freunde verfeinden mußte und doch seine Feinde nicht in Freunde verwandeln konnte. Daher gab Friedrich Wilhelm den Plan auf und wählte als Basis den status quo ante stricte. Weigerte sich Österreich, darauf einzugehen, so war der Krieg vollauf berechtigt. Von Frankreich war nach dem Auftreten des von dem preußischen Gesandten Goltz unterstützten Pétion und von Mirabeau kein Krieg mehr, seit dem 15. Mai, zu befürchten. Zum zweiten Male befreite ihn die französische Revolution von der Furcht, seine Politik durch ein Vorgehen Frankreichs gestört zu sehen. Konnte Friedrich Wilhelm für einen Angriff auch nur auf seine eigenen Kräfte bauen, so war er der wohlwollenden Neutralität der Seemächte bei einer derartigen Haltung doch versichert; es war das mindeste, was er erwarten durfte. Ging er mit seinen Forderungen darüber hinaus, so hätte er sich völlig isoliert, da er auch von Polen keinesfalls mehr als Neutralität sich versprechen konnte. In einem Kriege gegen Österreich (und Rußland) stand aber für Preußen ein Landgewinn, gleichviel auf wessen Kosten, in sicherer Aussicht; denn niemand zweifelte an dem Siege der preußischen Truppen. Ob der Erfolg dem entsprochen hätte, ist eine Frage, die nicht zu entscheiden ist, und die für Erkenntnis und Beurteilung der Politik der Mächte auch nichts ausmacht. Jedenfalls konnte sich auch Österreich dem Gewicht der preußischen Gründe nicht verschließen. Es ging auf die Bedingungen des Königs ein und raubte diesem damit die Möglichkeit, einen Krieg zu führen, den er vor Europa als berechtigt hätte hinstellen und bei dem er daher die Forderung, seine Kriegskosten ersetzt zu erhalten, hätte erheben dürfen. Es war sein größter Wunsch in dieser ganzen Zeit.

So hatte Preußen den Lohn für alle seit 1788 aufgewandten Mühen und Kosten nicht erlangen können. Es hatte die Verwirklichung der Hoffnungen, die es in der Türkei, in Ungarn und in Polen, in Lüttich und in Belgien erregt hatte, unmöglich gemacht. Nur seine Verbündeten hatten ihr Ziel erreicht, und sein Hauptgegner Österreich hatte trotz der tatsächlichen Unterwerfung unter den Willen Preußens doch den größten Vorteil von der Konvention. Es war aus dem Kriege gegen die Türkei ausgeschieden und hatte damit dem österreichisch-russischen Bündnisse seine Hauptbedeutung für die Seemächte genommen, und die Türkei ging in ihrem Besitzstande fast ungeschmälert aus dem Kriege hervor, der ihr so starke Verluste in Aussicht gestellt hatte. Rußland allerdings war noch mit ihr im Kampfe,

aber auch diese Macht hofften die englischen Staatsmänner mit preußischer Hilfe zu einem Frieden zu zwingen, der ihr nichts einbrachte. Ging es auch nicht ganz so, wie sie wollten, im allgemeinen setzten sie ihre Forderung doch durch. Zwar hatte Österreich seinen Landbesitz nicht erweitern können, aber es gelang ihm nun wenigstens, seine aufständischen Untertanen wieder zu unterwerfen trotz der preußischen Quertreibereien, besonders in Belgien, und auch die Wahl Leopolds zum Kaiser fand nach dem Ausscheiden des Hauptgegners aus dem Kampfe nur noch unbedeutende Hemmnisse.

Preußen mußte sich jetzt für seine Politik eine neue Basis suchen, da sich die alte, die Verbindung mit England und Holland, als so wenig nützlich für seine Ziele erwiesen hatte[1]). Denn mochte vielleicht unter günstigen Umständen Preußen stark genug sein, um im Frieden seine Stellung durch eigene Kraft zu behaupten[2]), so brauchte es für eine aktive Politik unbedingt die Unterstützung durch eine andere Macht. Das aber stand für Friedrich Wilhelm ebenso fest wie für Hertzberg, daß Preußen sich mit seinem gegenwärtigen Besitzstand nicht begnügen könne, und es fragte sich nur, welche Macht ihm am besten zu Schutz und Landerwerb verhelfen konnte. Der König gab die Allianz mit England durchaus noch nicht auf — das trat erst nach der Wiener Konvention vom 25. Juli 1791 ein — aber er erkannte, daß sie ihm nur einen Rückhalt gegen Angriffe gewähren konnte, ebenso wie dazu noch der Fürstenbund, Polen, Schweden, allenfalls wohl auch die Türkei. Aber auf diese kleinen Mächte zählte er nicht sonderlich. Gerade daß er eine Allianz darüber hinaus suchte, scheint mir der beste Beweis für den offensiven Charakter seiner Politik zu sein.

Drei Wege standen ihm da offen: nach Frankreich — Polen ist nur als dessen Anhängsel zu betrachten — nach Rußland, nach Österreich. Alle drei sehen wir ihn gleichzeitig versuchen, großenteils geheim vor Hertzberg, auf dessen Billigung doch nicht zu rechnen war, so daß die preußische Politik während der folgenden Monate bis zum August 1791 in der Tat auf den ersten Blick verworren genug erscheint[3]). Überhaupt hat der Abschluß der

[1]) Carisien 111.

[2]) Winke über das Staatsinteresse der Preußischen Monarchie. 1792, S. 6—7.

[3]) L. Sevin, Das System der preußischen Geheimpolitik vom August 1790 bis zum Mai 1791. Heidelberg 1903, S. 15—19; Wittichen,

verschiedensten, sich teilweise widersprechenden Bündnisse Preußen in dieser Zeit oft in recht schwierige Lagen gebracht (Carisien 108 u. 123). Es ist eine Politik des Tastens, die nach allen Seiten ihre Fühlhörner ausstreckt, und ich möchte daher auf die Chronologie dieser Versuche nicht gar zu großes Gewicht legen, d. h. nicht unbedingt eine ursächliche Verbindung herstellen wollen zwischen der Ablehnung eines preußischen Antrages auf einer Seite und der Stellung eines neuen bei einer anderen Macht. Es kann nicht meine Absicht sein, das einzelne dieser Verhandlungen hier auszuführen; ich beschränke mich darauf, die Grundlinien zu kennzeichnen.

II.

Betrachten wir zunächst die Verhandlungen mit Rußland und Österreich, dann die mit Frankreich. Seit dem Sommer 1789 hatten in Berlin hinter dem Rücken von Hertzberg, zwischen Alopeus[1]) und Bischoffwerder, dem Generaladjutanten Friedrich Wilhelms, Besprechungen stattgefunden, die auf eine Verständigung, vielleicht sogar auf eine Erneuerung des russisch-preußischen Bündnisses hinzielten. Doch war der Erfolg so gering, daß Ende September 1790 der König überzeugt war, man müsse Rußland mit Gewalt zur Anerkennung des status quo zwingen, die Österreich in Reichenbach sich hatte abringen lassen, und rasch verschwanden neu aufgetauchte Hoffnungen wieder, ja ein Krieg schien bevorzustehen[2]). Umsomehr mußte Preußen versuchen, sich andere Alliierte zu verschaffen. Den nächsten Versuch dieser Art machte es bei Österreich.

Friedrich Wilhelm hatte schon in einer Audienz am 6. August zu dem Fürsten Reuß, der Österreich bei ihm vertrat, gesagt, er glaube aus seinen Äußerungen schließen zu dürfen, daß Österreich auch an ein vertrautes Einverständnis mit Preußen denke, wozu er gern die Hände bieten werde. Dazu hatte Bischoffwerder,

---

Polnische Politik 74—75; F. C. Wittichen in F.B.P.G. XVII 260; F. C. Wittichen, Preußen und die Revolutionen in Belgien und Lüttich 1789—1790. Göttingen 1905, S. 100—102.

[1]) Er war an die Seite des immer bedeutungsloser werdenden Grafen Nesselrode als russischer Gesandter getreten, und durch seine Hände gingen seitdem alle wichtigen Geschäfte, obwohl er nicht formell beglaubigt worden war (vgl. unten).

[2]) Martens, Traités-Russie VI 142—145; Sybel I 346—347; Dembinski I 83—89, 319—328, 332—338, 340—344.

der in Schönwalde, unterstützt von Lucchesini, noch an Einfluß gewonnen zu haben scheint[1]), nachher viel von künftiger Freundschaft gesprochen. Die Ankunft eines Vertreters der französischen Emigranten in Breslau, des Baron Roll, gab dem König die erwünschte Gelegenheit, gegen Österreich weiter mit der Sprache herauszugehen. Bisher hatte er die Emigranten abgewiesen[2]). Wir sahen, daß er die französische Revolution für Preußen nur als negativ wirksam betrachtete. Jetzt, wo die Hauptfrage im Osten vorläufig geregelt war, ging er auf den Vorschlag der Prinzen ein, aber zwei Bedingungen stellte er sofort, und wir werden sehen, daß er an ihnen konsequent festhält: Allein kann Preußen sich an ein derartiges Unternehmen, die Wiederherstellung der königlichen Macht in Frankreich, nicht machen; Österreich muß mit dabei sein. Ferner: Preußen muß für seine Kriegskosten entschädigt werden. Das hatten am 10. September Bischoffwerder und am 13. der Erbprinz von Hohenlohe-Ingelfingen, der das preußische Hilfskorps kommandieren sollte, dem österreichischen Gesandten zu eröffnen[3]). Dieser verhielt sich zunächst passiv, und es dauerte nicht lange, da hatte er die schroff ablehnende Antwort von Kaunitz, der sich eben mit dem Freiherrn v. Jacobi, dem Vertreter Preußens in Wien, heftig über die Auslegung der Konvention von Reichenbach stritt[4]). Zwar desavouierte Leopold ihn bald darauf in einem Gespräch mit Goertz in Frankfurt und hätte sich darüber beinahe mit Rußland entzweit[5]); aber so viel war doch sicher, daß für preußische Bundesanträge in Wien der Boden noch zu heiß war. Mehr als einen Versuchsballon wird man in diesem preußischen Antrag auch kaum sehen dürfen, jedenfalls keine Parteinahme für die französische königliche Familie wegen der Auflösungstendenzen der französischen Revolution oder etwa wegen des königlichen

---

[1]) Vivenot I Nr. 375, S. 534 und 536.

[2]) Bailleu in der Historischen Zeitschrift Bd. 74, S. 259—262; F. C. Wittichen in F.B.P.G. XVII 254.

[3]) Krieg gegen die Revolution I 16—18; Adolf Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina 36—37; Wittichen in F.B.P.G. XVII 256—261; Sybel I 350; Sorel II 160; Heigel I 398. Gegenüber den von P. Wittichen (Polnische Politik 73—74) herangezogenen Stellen von Schlieffen (II 371, 388, 565) ist hervorzuheben, daß schon die Erwähnung des Breisgaus beweist, daß Preußen mit Österreich zusammen vorgehen wollte.

[4]) Sybel I 344—345; Heigel I 375—376; Ranke 7; Dembinski I 89—91, 329, 331—332, 334, 338, 340.

[5]) A. Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina 33—34.

Gemüts[1]), das sich ja am 14. September in entgegengesetztem Sinne so entschieden betätigte. Wäre Österreich auf den preußischen Antrag eingegangen, so hätte nach der damaligen Ansicht über die französische Revolution von einem Wagnis keine Rede sein können, umsomehr hätte man aber gewinnen können. Wir erfahren hier auch schon, was Friedrich Wilhelms Ehrgeiz erstrebte: Jülich und Berg sollte ihm der Bayer abtreten, um selbst dafür im Elsaß entschädigt zu werden[2]). Der König sah in der Bekämpfung der Revolution eben nur ein Mittel, durch einen Krieg gegen sie für seinen Staat einen Gebietszuwachs zu erhalten. Diesmal hätte er sich mit den Emigranten ans Werk gemacht. Er trug kein Bedenken, sich 1792 der Politik der Tuilerien anzuschließen, ohne dabei die Emigranten ganz ausschalten zu wollen, und verband sich mit Österreich, das im Einverständnis mit den Feuillants handelte. Von einem prinzipiellen Eintreten Friedrich Wilhelms gegen die französische Revolution[3]) kann also jetzt ebensowenig wie später die Rede sein, mochte er auch über das brutale Vorgehen der Jakobiner zürnen und die unglückliche königliche Familie bedauern. Aber, wie schon gesagt, Österreich lehnte vorläufig einen Kampf gegen die Revolution wie ein Bündnis mit Preußen ab.

So versuchte der König denn endlich die dritte Möglichkeit, ein Bündnis mit dem revolutionären Frankreich selbst. Schon daß der Versuch erst jetzt erfolgt, scheint mir ein Beweis für die Annahme zu sein, daß man sich hiervon in Berlin weniger Vorteil versprach als von einer Verbindung mit Rußland oder Österreich[4]). War die französische Politik denn noch eine einheitliche zu nennen? Schon in der absoluten Monarchie sehen wir verschiedene Parteien am Werke, ihre Pläne gegenseitig zunichte zu machen. Wieviel mehr mußte die Zerklüftung in einem Lande sich zeigen, wo die Nationalversammlung, das ganze Volk und seine Vertreterin, die Presse, sich einen stets wachsenden Einfluß eroberten, um dem als reaktionär erscheinenden Hofe die Mittel zu entziehen, seine Pläne durchzusetzen.

Zwei Richtungen können wir hier also vornehmlich unterscheiden, wenn wir von den Emigranten absehen, zunächst die

---

[1]) P. Wittichen, Polnische Politik 73 und 109; Heigel I 398; Sybel I 350.

[2]) Vgl. auch F. C. Wittichen in F.B.P.G. XVII 258.

[3]) Sybel II 172—173.

[4]) Sorel II 159.

Politik des Königspaares, das bis jetzt weit davon entfernt war, eine Annäherung an Preußen zu suchen, sich vielmehr streng an die Verbindung mit Österreich und auch mit Spanien hielt. Hiergegen Front zu machen, war seit dem Ausbruch der Revolution die vornehmste Sorge Preußens gewesen, und so blieb es bis zur Flucht des französischen Königspaares und bis zum Abschluß der Wiener Konvention. Das beste Mittel dazu bot die Verbindung mit der radikalen Partei, den Jakobinern. Eifrig sehen wir den Vertreter Preußens, Goltz, am Werke, zunächst nicht so sehr ein Bündnis Frankreichs mit Preußen zu stande zu bringen, als die Schwäche Frankreichs zu erhalten[1]); denn auf die Festigkeit der Parteiverhältnisse wie der Regierung in Frankreich zu zählen, hatte man wirklich keine Veranlassung. Mehr und mehr aber tritt bei Goltz mit dem Anwachsen der Macht der Nationalversammlung der Wunsch hervor, für Preußen in dem revolutionären Frankreich einen Bundesgenossen zu erwerben[2]). Es galt also, aus der Oppositionspartei die Regierung zu machen und für Frankreichs Konsolidierung zu wirken. Dem französischen Minister des Auswärtigen, Montmorin, waren Gedanken an eine Allianz mit Preußen ja auch nicht fremd. Vor Reichenbach hatte die Rücksicht auf England diesem Bestreben Preußens stark geschadet, denn an einen Eintritt in das Bündnis zwischen England, Holland und Preußen dachten die französischen Revolutionäre, besonders seit der Affäre von Nootkasund, ebensowenig wie die Engländer; sie sahen in ihm den alten Feind Frankreichs. Nur die größte Not hätte sie dazu zwingen können[3]). Jetzt, nach Reichenbach, war Goltz davon befreit, seit dem August konnte er positiv arbeiten. Ein preußisch-französisches Sonderbündnis lag auch deshalb ganz in der Richtung der französischen Revolution, weil sich Anzeichen für die Absicht einer Gegenrevolution bei Österreich bemerkbar zu machen schienen (daß sie diesem nur von den Emigranten untergeschoben wurden, macht hierfür ja nichts aus). Goltz verstand es auch, die Schuld an der Wiedereroberung Belgiens den Engländern in die Schuhe zu schieben. So schien die Annäherung zwischen Preußen und Frankreich im besten Zuge zu sein.

Aber Friedrich Wilhelm glaubte doch, mit dem offiziellen Gesandten in Paris allein nicht weiterkommen zu können. Er

[1]) Sorel II 69, vgl. auch I 525.
[2]) Vgl. auch F. C. Wittichen in F.B.P.G. XVII 254 ff.
[3]) Sevin 34 ff.

schickte ihm daher, ohne ihn jedoch ganz einzuweihen, in dem Kommissionsrat Ephraim einen Helfershelfer, der nicht immer nach den Wünschen von Goltz verfuhr (14. September 1790). Offiziellen Charakter trug die Sendung Ephraims nicht. Ging er zu weit vor oder änderte sich die Lage, so konnte er leicht desavouiert werden. Aber dieser preußische Versuch sollte der Sache nur schaden, denn Ephraim scheint doch in der Unterstützung der radikalen Partei des Guten zu viel getan, die damalige Lage für ein Bündnis in der Tat nicht für geeignet gehalten zu haben[1]). Da Montmorin schon von vornherein befürchtete, Preußen wolle bloß mit der Möglichkeit einer Allianz mit Frankreich den Österreichern zeigen, wie wenig diese auf Frankreich zählen könnten, ohne daß es doch Preußen Ernst mit dem Versuche sei[2]), wie schon die ganze Art des preußischen Vorgehens anzudeuten schien, so kam er von Anfang an den Preußen nur mißtrauisch entgegen. Freilich wurde der antiösterreichische Herr v. Moustier, der die preußische Allianz für Frankreich erstrebte und einige Monate später sogar bereit war, Frankreichs alten Verbündeten Polen zu opfern[3]), nach Berlin geschickt, und Ende Dezember traf er mit Bischoffwerder zusammen vermittels eines Empfehlungsbriefes an Frau Ephraim, den ihr Mann Montmorin in die Hände zu spielen verstanden hatte. Aber Montmorin, den, ganz abgesehen von der merkwürdigen Wahl des preußischen Vermittlers, auch dessen Tiraden gegen die Königin vor den Kopf stießen, wie Moustier hielten sich zurück, und so wurde aus diesem Plane nichts. Preußen ließ ihn spätestens im Februar 1791 fallen, als Bischoffwerder nach Österreich ging, um dort einen neuen Ansturm zu machen[4]). Denn das

---

[1]) So behauptet er in einer Denkschrift vom Jahre 1797 (Rep. XI 89 Frankreich. Varia 1790—1796), so wiederholt er es in seiner Biographie (B. V. Ephraim, De ma détention et de quelques autres événements de ma vie, 2. éd. 1808) S. 104—105.

[2]) Sorel II 156—157 nimmt diese Ansicht auf.

[3]) Dembinski I 138—142.

[4]) Nichtsdestoweniger blieb es durch Goltz mit den Radikalen in enger Fühlung, bereit, die Fäden eventuell später wieder aufzunehmen. Das entsprach ganz der Ansicht Ephraims, der vorläufig ein passives Verhalten gegenüber Frankreich empfahl. Er und Goltz mißbilligten die Wendung gegen Frankreich aufs allerschärfste. Der eine drückte dies in seinen Denkschriften und seinen Briefen an Bischoffwerder, der andere in seinen Berichten aus, ohne zu erkennen, daß für jetzt derartige Ratschläge nichts nützen konnten. Doch ist zu beachten, daß die früheren Radikalen stark von links nach rechts gerückt waren.

war ja klar, daß die Allianz mit Österreich oder Rußland bedeutend mehr wert war als eine solche mit Frankreich, dem man erst zur Konsistenz hätte verhelfen müssen. Da ein Krieg gegen Rußland scheinbar vor der Tür stand, so mußte man sich zum mindesten von seiten Österreichs den Rücken freihalten. Von einer Unternehmung gegen Frankreich ist jetzt keine Rede, und mit Recht bemerkt Sorel[1]), daß von der französischen Revolution in diesen Verhandlungen eigentlich keine Rede ist. Viel näher lag jetzt die andere Sorge. Man versuchte es also von neuem dort, wo man früher so wenig Erfolg gehabt hatte.

Der Zeitpunkt, in dem zuerst wieder in Berlin der Gedanke des Bündnisses mit Österreich ausgesprochen wurde, scheint mir beachtenswert[2]). Ende Dezember 1790 hatte Moustier sich gegenüber den geheimen preußischen Anträgen so zurückhaltend benommen, und Ephraim war nicht für ein Bündnis eingetreten; dagegen konnte Goltz nichts ausrichten. Nur ein voller und ganzer Anschluß Frankreichs an Preußen konnte dessen Wünschen genügen. Frankreichs Neutralität nützte ihm nichts, ihrer war man auch ohne Bündnis sicher, und nötigenfalls hätte der Druck Englands ausgereicht, um im Einklang mit dem Volkswillen eine Diversion Frankreichs gegen Preußen zu verhindern. Ist es nun Zufall, daß am 7. Januar 1791 Bischoffwerder mit Bündnisangeboten an Reuß und Alopeus herantrat? Ganz unbegründet waren sie nicht[3]). Das französische Bündnis war für Preußen nur noch die zweite Sehne am Bogen; man ließ es ganz fallen, sowie man das österreichische ernsthaft betrieb und sowie das französische hinderlich wurde[4]). Sofort traten dabei die alten Wünsche wieder hervor, deren Erfüllung das preußische Staatsinteresse forderte, unabhängig von der Gruppierung der Mächte; nur die Mittel zu ihrer Ausführung wechselte man. Bei Rußland war jedoch vorläufig noch nichts zu erreichen, trotzdem Preußen der russischen Erwerbung von Oczakow nicht mehr so ablehnend gegenüber stand, vorausgesetzt daß es dabei selbst etwas in Polen erhalten hätte. Und hatte Bischoffwerder bei Reuß vor allem über England geklagt, Preußen brauche

---

[1]) Sorel II 163—164; Heigel I 401.

[2]) Häußer I 297; Sybel I 350 ff.; Ranke 14 ff.; Heigel I 398 ff.

[3]) Dembinski 353—354.

[4]) A. Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina 37 ff.; Sybel, Vorträge und Aufsätze 181 und Sybel I 350.

einen Ersatz für das drückende Bündnis mit dieser Macht[1]), so trat auch dieser damit zusammenhängende Gedanke ebenso wie der vorige mehr in den Hintergrund bei den Besprechungen Bischoffwerders in Wien. Der Wendung zu Österreich wollte Preußen im Februar vor allem eine Spitze gegen Rußland geben.

Unter dem Schein eines Zerwürfnisses mit dem Könige verließ Bischoffwerder den Hof und reiste heimlich als Kommissionsrat Buschmann nach Wien[2]). Seine Hauptforderung war, Österreich solle in die Tripelallianz eintreten; er deutete sie erst vorsichtig an, dann ging er deutlicher mit der Sprache heraus. Mochte sich nun auch Leopold in dem Bündnis mit Rußland nicht so wohl fühlen, wie Joseph es bei dessen Abschluß erhofft hatte, er dachte ebensowenig wie Kaunitz daran, es preiszugeben. Sie forderten vielmehr gerade den Eintritt Rußlands in den Bund, dem Preußen eine Spitze g e g e n Rußland geben wollte. Nur so schien Österreich der Gefahr eines Krieges gegen Rußland oder einer russisch-preußischen Übereinkunft auf Kosten Polens vorbeugen zu können. Doch dachte Leopold nicht an einen Abbruch der Verhandlungen, und Bischoffwerder hielt den Abschluß sogar schon für gesichert. Sein diplomatischer Dilettantismus erwies sich doch im Kampfe mit so gewiegten Diplomaten, wie die Österreicher es waren, als gefährlich für Preußen. Er hielt den preußischen Standpunkt jetzt und im Sommer ebensowenig energisch fest wie ein Jahr später. Der König mußte ihn rektifizieren; auf solche Bedingungen konnte er nicht eingehen. Bischoffwerder erhielt hier in Manstein, der mit dem Herzog von Braunschweig und mit Möllendorff seine Reise zuerst begünstigt hatte, einen gefährlichen Gegner.

Bei diesem Bunde hätte Preußen gar nichts erlangt. Hat man später die österreichisch-preußische Allianz als monströs bezeichnet[3]), so wäre ein Bündnis zwischen Preußen, Österreich, den Seemächten und Rußland in sich schon ein Unding gewesen, das zu praktischer Betätigung bei dem Auseinandergehen der Interessen der einzelnen Bundesglieder absolut unfähig gewesen wäre, gesetzt den Fall, daß es überhaupt zu stande kam. Preußen speziell erhielt keine Zusage für eine Vergrößerung seines Besitzstandes, und doch versprach Bischoffwerder den Österreichern

[1]) A. Beer 30; Dembinski I 107—108 und 112; Martens, Traités-Russie VI 146.

[2]) Dembinski I 114—117, 120—121, 446; Schlitter II 366.

[3]) Vgl. z. B. Carisien 108—109 und 114.

die preußische Zustimmung zum Erwerb von Teilen Bayerns, scheinbar ohne dazu ermächtigt zu sein, wenn Preußen Danzig und Thorn, Ansbach und Bayreuth, dafür später im Austausch die Lausitzen erhalte. Ebensowenig verpflichtete sich Österreich zu raschem Abschluß in Sistowa, wozu allerdings Bischoffwerder selbst die Veranlassung gab, um für Preußen die Möglichkeit einer polnischen, für Österreich die einer türkischen Erwerbung offen zu halten. Endlich versprach Österreich auch nicht seine Neutralität im preußisch-russischen Kriege, das wenigste, was man zu erlangen gehofft hatte. Friedrich Wilhelm billigte daher durchaus den ablehnenden Vorschlag Mansteins und Finckensteins. Es bedurfte eines neuen Anstoßes, um die ins Stocken geratenen Verhandlungen wieder in Fluß zu bringen. England gab ihn mit dem Versuche, sich Österreich direkt zu nähern, nachdem es die Erhaltung des status quo stricte durch einen Krieg gegen Rußland infolge des Widerspruchs der Nation hatte aufgeben müssen[1]). Es schien doch keine Lebensfrage für England auf dem Spiel zu stehen, die ein so gefährliches Wagnis wie einen Krieg gegen Rußland hätte rechtfertigen können. Ja es bleibt wohl immer noch dahingestellt, ob nicht auch Pitt ähnlich wie Hertzberg mehr eine Demonstration als einen Krieg auf Tod und Leben beabsichtigte.

Damit drohte England die Preußen bei Österreich zu überholen, und das mußte auf jeden Fall vermieden werden. Außerdem war ein Krieg mit Rußland immer noch möglich; es galt also von neuem, Österreichs Neutralität dafür zu erlangen. In all diese Verhandlungen war Hertzberg nicht eingeweiht worden, und auch Leopold hatte seinerseits Kaunitz möglichst aus dem Spiel gelassen. Aber hier zeigt sich, wie viel fester doch die Stellung des letzteren als die Hertzbergs war. Man kam schließlich doch immer wieder zu ihm und holte sich Rat. Auch Preußen konnte daher nicht darum herumkommen, ihn jetzt in den Bündnisplan einzuweihen. Hertzberg aber wurde auf ausdrücklichen Befehl des Königs in seiner Unwissenheit belassen und schied kurz darauf am 5. Juli aus dem Amte eines Kabinettsministers. Wir können ihn daher für die folgenden Ereignisse als toten Mann betrachten. Schon waren die Erben auf dem Plan.

---

[1]) Sybel I 355—357; Heigel I 401; Ranke 20—21; E. Herrmann in F.D.G. V 242—243; Dembinski I 143—144, 375, 444—447, 449—452; Salomon, Teilung 53—54 und Salomon, Pitt I 2, 516 ff.

Am 1. Mai hatte der König den Grafen Friedrich Wilhelm von der Schulenburg-Kehnert und den Freiherrn von Alvensleben zu Kabinettsministern ernannt; sie stellen in der folgenden Zeit bei dem Alter und der vorsichtigen Zurückhaltung Finckensteins das treibende Element in dieser Behörde dar. Alvenslebens produktive Tätigkeit erreichte freilich Ende Juli dieses Jahres mit der völligen Schwenkung Friedrich Wilhelms von England zu Österreich ein rasches Ende. Fortan bildete er die Oppositionspartei in dem Trifolium. Doch glaubte er seine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben, wenn er bei preußischen Schritten, die er nicht hatte hindern können, seinen Protest zu den Akten gab. Er verdammte sich damit selbst zu der Tätigkeit eines Handlangers, und es paßt sehr gut dazu, wenn ihm eine gewisse Trägheit vorgeworfen wird[1]). Glücklicher war sein Genosse Schulenburg, der sich bald entschloß, der Wendung seines königlichen Herrn zu folgen, um die Zügel nicht aus der Hand geben zu müssen, ja sie eigentlich erst zu ergreifen, bis er, den Anstrengungen des Amtes auch körperlich nicht mehr gewachsen, es infolge mancher Meinungsverschiedenheiten mit dem Könige gerade in dem Augenblick abgeben mußte, in dem der Lohn für seine einjährige Tätigkeit Preußen zuzufallen schien. Nur die Verhandlungen über die zweite Teilung Polens führte er noch zu Ende, um dann aus dem Kabinettsministerium gänzlich auszuscheiden.

Ihrer Ansicht nach[2]) sollte Preußen versuchen, Österreich ganz von Rußland zu trennen und es zu Preußen und den Seemächten hinüberzuziehen. Der rasche Abschluß in Sistowa war ihnen wie dem Könige ein Hauptpunkt. An ein Aufgeben des Bündnisses mit England dachten sie also nicht; dazu waren sie in die vorangegangenen geheimen Unterhandlungen oder wenigstens in die letzten Absichten des Königs wohl nicht tief genug eingeweiht. Sie hielten sich an die allgemein bekannten Tatsachen, wollten jedoch mit Österreich abschließen und dann erst die Seemächte zuziehen, so daß für Preußen hier in der Tat ein doppeltes Verhältnis geschaffen worden wäre, von dem Preußen den Vorteil gehabt hätte. Als entscheidend kann ich trotzdem

---

[1]) R. Krauel, Graf Hertzberg als Minister Friedrich Wilhelms II. Berlin 1899, S. 73.

[2]) Der Bericht an den König ist von Finckenstein und Schulenburg unterzeichnet, Alvensleben wurde erst nachher ins Vertrauen gezogen, vertrat dann aber durchaus dieselbe Politik (Sybel I 356—357).

die am 12. Mai nach Wien erlassene preußische Anfrage nicht betrachten. Erst Bischoffwerders Sendung führte die wirklich für die nächsten Jahre bedeutende Wendung Preußens zu Österreich herbei und damit auch die gegen Frankreich. Die Frage ist nur: Warum erfolgte sie, wo man doch zwischen Berlin und Wien schon verhandelte?

III.

Die Anregung ist diesmal (am 9. Mai) von Leopold ausgegangen[1]); verschiedene Gründe bestimmten ihn dazu. Zwar war es nicht die Anerkennung des neuen gekräftigten Polen, die er damit zu erreichen hoffte. Umsomehr aber mochte ihn die drohende Lage in Frankreich dazu veranlassen, sich für den Fall der Not hier Genossen zu sichern, auf deren Hilfe er wirklich rechnen konnte. Von Rußland erwartete er in dieser Frage nichts. Um die Hände im Westen frei zu haben, gab er den bestimmten Befehl zum Abschluß in Sistowa. Er setzte sich damit in direkten Widerspruch zu seinem Ministerium, das die türkische Frage noch verschleppen wollte und Forderungen an die Türkei stellte, die der preußischen Auffassung der Konvention von Reichenbach widersprachen. Er sah, daß im Osten nach der türkischen die polnische Frage der Erledigung harrte. Auch hier hatte er wichtige Interessen zu wahren und wollte mit Rußland eventuell gegen die verdächtigen preußischen Pläne Front machen. An ein Aufgeben des Bundes mit Rußland dachte er also nicht. Aber um den Frieden, dessen Erhaltung er so sehnlich wünschte, im Westen zu wahren, mußte er sich den Seemächten und vor allem Preußen nähern. So wollte er mit halb Europa zugleich im Bunde stehen, um, je nachdem es die Umstände erfordern würden, im Osten oder im Westen einzugreifen. Gern dachte er an die letztgenannte Aufgabe wirklich nicht. Eben darum verhielt er sich gegenüber den englischen Vorschlägen wohlwollend und berief selbst denjenigen preußischen Vertreter zu sich, auf dessen Entgegenkommen er zählen durfte.

Das preußische Ministerium, dem die Ansicht des österreichischen natürlich besser bekannt war als die Leopolds, war durchaus nicht erfreut, als Friedrich Wilhelm die Sendung

---

[1]) Sybel I 372 ff.; Herrmann in F.D.G. V 247 ff., H.E.B. 18 ff.; Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina 102—103; Häußer I 305 ff.; Heigel I 403 ff.; Ranke 69—71.

Bischoffwerders genehmigte. Es gab ihm wenigstens eine Instruktion mit, die den ministeriellen Ansichten entsprach, und vor allem die Bedingung stellte, Bischoffwerder dürfe nicht abschließen, ohne vorher die Genehmigung dazu eingeholt zu haben. Von Frankreich war darin überhaupt keine Rede. Diese Tatsachen, verbunden mit der damals erfolgten Anerkennung der neuen polnischen Verfassung sprechen deutlich genug dafür, daß das Bündnis sich nach dem Willen des preußischen Ministeriums gegen Rußland richten sollte.

Es ist wohl kein Zweifel daran möglich, daß Friedrich Wilhelm auf Bischoffwerders Sendung einging, um den Abschluß wirklich herbeizuführen. Denn von Kaunitz ließ sich nach seinem bisherigen Verhalten nicht viel erwarten, Philipp Cobenzl und Spielmann waren auch nicht entgegenkommender, Leopold aber hatte sich von Anfang an versöhnlich gezeigt, und daß er jetzt selbst den erwähnten Wunsch aussprach, gab dem Könige die besten Hoffnungen für die Zukunft. So ließ er denn wieder doppelte Verhandlungen führen. Die ministeriellen führten zu Rüstungen und Truppenmärschen, die einen Krieg mit Österreich wahrscheinlich machten; die vertraulichen führten zum Abschluß der Wiener Konvention, die zwar nicht zwei Jahre später Europa gegen die Revolution ins Feld führte, wohl aber den Boden für die erste Kampagne gegen Frankreich bereiten half, damit auch in gewissem Sinne für die zweite Teilung Polens.

Ende Mai reiste Bischoffwerder nach Oberitalien ab, wo sich Leopold damals aufhielt. Schon am 11. Juni hatte er die erste Audienz beim Kaiser. Die Verhandlung erhielt durch Leopold sofort eine Wendung, an die man in Berlin überhaupt nicht gedacht hatte. Die französische Revolution hatte, wie schon aus Lord Elgins Depeschen hervorgeht, direkt aber auch aus Leopolds eigenen Briefen zu erkennen ist, diesen mit wachsender Besorgnis erfüllt. Hinter der französischen trat für ihn die polnische Revolution weit an Bedeutung zurück, besonders seit er darüber beruhigt war, daß sie mindestens nicht Preußens Werk sei und Preußen nicht mit ihrer Hilfe Danzig habe erlangen wollen. Das hätte ja gegen den status quo verstoßen, dessen Beobachtung die Seemächte und Preußen so beharrlich von Österreich gegenüber der Türkei forderten. Die polnische Revolution sollte für Leopold jetzt nur ein Mittel werden, um im Osten Ruhe zu schaffen und den russisch-preußischen Erweiterungsgelüsten einen Riegel vorzuschieben, damit den Österreichern

aber einen außerordentlichen Vorteil zu verschaffen. Widerwillig genug waren sie an die erste Teilung Polens herangegangen, bei der zweiten ließen sie Preußen und Rußland aus dem Spiel, und an der dritten nahmen sie nur teil, um bei dem Geschäft nicht wieder so leer auszugehen wie bei der zweiten, wo die ihnen von Rußland und Preußen gegebenen Versprechungen schließlich zu Wasser geworden waren. Polen durch seine neue Verfassung mit der Erbmonarchie zu konsolidieren, das ist die polnische Politik Österreichs seit Ende Mai 1791; es galt, Preußen und Rußland dafür zu gewinnen[1]).

Leopold fand bei Preußen einiges Entgegenkommen, denn dieses wollte sich nicht dem einmal ohne sein Zutun geschehenen Ereignis widersetzen, das in einem Kriege gegen Rußland — er war ja immer noch nicht ganz ausgeschlossen — hätte von Vorteil sein können. Es sah in einer Verbindung Sachsens mit Polen, die nicht durch die Thronerblichkeit verewigt würde, jetzt nichts, was den preußischen Interessen widersprach[2]); es glaubte endlich den Österreichern damit einen Gefallen zu tun. Der russische Widerstand war dagegen von vornherein beschlossene Sache. Je mehr Österreich hier drängte, umsomehr trieb es die Russen, deren Schweigen eine beredte Antwort war, zu den Preußen hinüber, die schon am 8. August 1791 geradezu erklärten, an eine Garantie der neuen polnischen Verfassung nicht zu denken; auch in der Instruktion für Bischoffwerder hatte nichts Derartiges gestanden; nur hindern wollte Preußen das neue Werk nicht[3]).

Doch dieser Punkt trat vorläufig zurück hinter die scheinbar in nächste Nähe gerückte Intervention in Frankreich. Dazu mußte Leopold vor allem mit Preußen abschließen, das ihm durch Bischoffwerder weiter entgegenkam als England, dessen Vertreter, Lord Elgin, fest auf der Ablösung Österreichs von

---

[1]) Liske in der Historischen Zeitschrift Bd. 30, 284—285; Sybel, Vorträge und Aufsätze 183 ff.; Beer, Leopold II., Franz II. und Katharina 102—115.

[2]) Herrmann in F.D.G. IV 423—424.

[3]) Mit dieser feinen diplomatischen Unterscheidung, die ein Jahr darauf Preußens Anschluß an Rußland bemänteln half, glaubte es sich beide Wege offen halten zu können. Der Erfolg bei der Masse des Volkes war hier ebenso gering wie bei dem entsprechenden Vorgang in Pillnitz. Derartige Feinheiten existierten nur für den Diplomaten. Beide Male wurde aus den Erklärungen etwas herausgelesen, was die Verfasser nicht hatten hineinlegen wollen. Häußer I 320; Heigel I 441; Salomon, Pitt I, 2, 527.

Rußland bestand und dabei doch nicht so viel zu bieten hatte wie sein Rivale. Dieser ließ sich gleich bereitfinden, dem Kaiser nach Wien zu folgen und dort die österreichisch-preußische Konvention abzuschließen, der dann die Seemächte und Rußland beitreten sollten. Er sah wie gewöhnlich die Sache im rosigsten Lichte. Zwei preußische Hauptforderungen hatte er ja genehmigt erhalten (als Verdienst wird man i h m das nicht anrechnen dürfen): den Abschluß Österreichs mit der Türkei und ein Bündnis zwischen Österreich und Preußen, dem die Seemächte beitreten sollten. Dafür nahm er den Beitritt Rußlands und die Beteiligung an der Intervention in Frankreich in den Kauf. Er gab damit der preußischen Politik eine völlig veränderte Grundlage.

Nun scheiterte aber der Fluchtversuch der französischen Königsfamilie. Hatte Leopold bisher stets betont, daß gegen Frankreich nur etwas auszurichten sei, wenn die europäischen Mächte sich einigten, so war er jetzt umsomehr davon überzeugt. Österreich durfte sich nicht allein an die Lösung dieser Aufgabe machen, die durch das Scheitern der Flucht nur noch gefährlicher geworden war. Bischoffwerder war schon vorher auf Leopolds Vorschlag eingegangen, sich mit ihm über Frankreich zu verständigen. Er hatte gleich am 11. Juni versprochen, alle österreichischen Schritte gegen Frankreich zu unterstützen; allein werde Preußen nichts tun, vor allem nichts für die Emigranten, die Leopold abgewiesen hatte. Es ist nicht genau festzustellen, wie der Fluchtversuch und sein Scheitern auf ihn eingewirkt haben. Man darf aber wohl annehmen, daß sie ihn in seiner Richtung nur noch bestärkten, die durch das Eingehen auf diese österreichische Forderung den raschen gesonderten Abschluß herbeizuführen bezweckte und dem neuen Bund sofort die entscheidende Richtung gegen Frankreich gab[1]). Ohne aus Berlin die Ermächtigung einzuholen (hat der König sie ihm etwa mündlich geheim erteilt, eventuell auch schriftlich?) und ohne den Abschluß in Sistowa abzuwarten, schloß er in Wien am 25. Juli die Konvention mit Österreich ab, die auch die Einladung Rußlands zum Beitritt vorsah und eine Verständigung von Österreich und Preußen über ein Zusammenwirken gegen die französische Revolution ankündigte, ganz abgesehen von den übrigen für Preußen recht ungünstigen Bedingungen.

[1]) Auf die defensiven Absichten Österreichs werde ich jedoch noch oft hinzuweisen haben.

Alles kam darauf an, wie sich der König dazu stellte; denn das Ministerium hatte an seiner Mißbilligung durch seine vorangegangenen Weisungen keinen Zweifel gelassen und protestierte energisch in corpore dagegen beim König und bei Bischoffwerder. Aber es nützte ihm nichts. Der König hatte noch Anfang Juni Anträge der Emigranten auf eine Gegenrevolution abgelehnt. Vor dem Frieden zwischen Österreich und der Türkei und vor seiner Einigung mit Österreich traute er diesem nicht über den Weg. Auch neigte er nicht so sehr zu der Ansicht der Emigranten; seine Minister glaubten jedoch schon ein stärkeres Mitgefühl mit der Lage des französischen Königspaares bei ihm wahrnehmen zu können. Als er von der Verhaftung Ludwigs hörte, soll er ausgerufen haben: „Welch schreckliches Beispiel!" Aber dabei blieb es zunächst[1]). Nur lehnte er im Gegensatz zu seinem Ministerium ein gemeinsames Einschreiten in Frankreich für später nicht ab. Die Hauptsache war für Bischoffwerder und wohl auch für ihn der Abschluß des Bündnisses mit Österreich, durch das der englischen Diktatur ein Ende bereitet werden sollte, die sich im Frühjahr wieder so unangenehm fühlbar gemacht hatte[2]). Mochten dann die Seemächte und Rußland beitreten, es blieb immer das österreichisch-preußische Bündnis, das Preußen die lange entbehrte Sicherheit gewährte, und das man als Basis zu neuem Vorgehen benutzen konnte. Darin liegt die Berechtigung der so viel geschmähten Konvention[3]), deren Bedingungen ein geschickterer Unterhändler, als Bischoffwerder es war, für Preußen wohl hätte günstiger gestalten können. Nach Sistowa und Galatz gegen die Russen Front zu machen, lag für Friedrich Wilhelm kein Anlaß mehr vor. Österreich von Rußland abzulösen, schien durch den Vertrag tatsächlich ebenso gelungen zu sein wie die Emanzipation Preußens von den Seemächten. Trat jetzt die Möglichkeit oder gar die Notwendigkeit in Frankreich einzugreifen hervor — Friedrich Wilhelm war bereit, da er hoffte, für seinen Staat dabei eine Gebietserweiterung herauszuschlagen[4]). Er betrieb sie außer bei Österreich auch bei den Emigranten, die

---

[1]) Sorel II 239—240. Auch von anderer Seite wird ähnliches berichtet. Souvenirs de Bouillé I 303.

[2]) Sybel, Vorträge und Aufsätze 187.

[3]) Carisien 86—87.

[4]) Vgl. auch Salomon, Pitt I 2, 533 ff., der die Eroberungsabsichten Preußens schon scharf betont, aber wohl den Charakter des Königs noch etwas verzeichnet; Carisien 86.

zum mindesten durch ihr Stillschweigen die Ansicht rechtfertigten, daß sie nichts dagegen einzuwenden hätten. Daß diese Forderung hervortrat, sowie Österreich seinen Antrag auf Unterstützung seiner Schritte bei Preußen stellte, scheint mir doch bemerkenswert genug zu sein, und man wird kaum fehlgehen, wenn man das auf Einwirkung des Königs zurückführt, ebenso wie das Verlangen: keine Deklaration ohne ein bereitstehendes Heer, um bei einer Ablehnung durch die Revolutionäre den Worten die Tat auf dem Fuße folgen zu lassen[1]). Das Ministerium freilich verklausulierte alle diese kräftigen Maßregeln durch die Bedingung des Zutrittes der anderen Mächte, vor allem Englands, da es an dem Bündnis mit den Seemächten ja noch festhielt. Da dies aber passiv bleiben wollte, so kam die preußische Antwort einer Ablehnung gleich. Friedrich Wilhelm jedoch war anderer Meinung. Er gab es als unnötig seit der Verbindung mit Österreich auf und war bereit, auch ohne England nur mit Österreich gegen Frankreich vorzugehen. Der König wurde zum treibenden Element in der neuen Verbindung. Sein persönliches Mitgefühl mit dem französischen Königspaar wird niemand bestreiten, aber er hielt es so lange in Schranken, bis die politischen Forderungen erfüllt waren, die er an seine Betätigung knüpfte. Daß er sich nicht von der Sorge bedrückt fühlte, seine Untertanen könnten dem französischen Beispiel folgen, das berichtet derselbe französische Diplomat, der den oben zitierten Ausruf Friedrich Wilhelms meldete, Herr von Moustier[2]). Eine unmittelbare Kollision französischer und preußischer Interessen war durch die räumliche Trennung beider Staaten so gut wie ausgeschlossen[3]). Alles zwingt dazu, das preußische Vorgehen als Offensive zu bezeichnen. Friedrich Wilhelm ratifizierte jedenfalls gleich nach dem Einlaufen der Nachricht des Abschlusses in Sistowa am 12. August die Konvention. Er war entschlossen, es auf den Bruch mit England ankommen zu lassen. Das war der Abschluß seiner fast ausschließlich im Osten sich betätigenden Politik, die sich seit der Konvention von Reichenbach bereits in einem Übergangsstadium zu einer neuen Grundlage und zu neuen Zielen befunden hatte. Jetzt wandte er sich energisch dem Westen zu, der für seine Betätigung ein so reiches Feld zu bieten schien. Er kam den Emigranten entgegen, berief den Marquis Bouillé zu der geplanten

[1]) Carisien 89.
[2]) Sorel II 240.
[3]) Revue Historique 25 (Paris 1884) S. 74; Volz in F.B.P.G. XVII 161.

Zusammenkunft mit dem Kaiser, um sich Vorschläge über den Feldzugsplan machen zu lassen. Es fragte sich nur, ob er seinen Genossen zum Eingehen auf seine Pläne werde gewinnen können, die scharf zu formulieren er sich wohl hütete.

Schon bei seinem ersten Aufenthalt in Wien hatte Bischoffwerder eine persönliche Zusammenkunft zwischen den beiden Monarchen[1]) angeregt und Leopolds Zusage für eine solche im Juni in Böhmen erhalten. Am 11. Juni einigte er sich nun mit Leopold, sie in Pillnitz stattfinden zu lassen, um gleichzeitig mit dem Kurfürsten von Sachsen über die polnische Frage eine Einigung herbeizuführen. Aber nach den Vorgängen des Juni und Juli stand sie doch vorwiegend unter dem Zeichen der französischen Revolution. Nicht daß Leopold die Absicht gehabt hätte, dagegen vorzugehen[2]). Er hatte die Antworten von Preußen und Spanien erhalten und sah in ihnen eine Ablehnung seines Planes. Ferner hörte er aus England, daß es sich gegenüber der französischen Revolution durchaus neutral verhalten wolle. Das war für ihn schon Grund genug, das europäische Konzert als gescheitert anzusehen, und ein ostensibler Brief seiner Schwester (den geheimen ließ er unbeachtet) gewährte ihm die Möglichkeit, sein Einverständnis mit ihren Absichten laut zu betonen. Auch schien ja die Drohung allein die Franzosen genügend eingeschüchtert zu haben; kriegerischer Maßregeln bedurfte es also gar nicht mehr[3]). So hatte die Deklaration von Pillnitz vom 27. August in dieser Beziehung für ihn überhaupt keine Bedeutung, und mit der Annahme der Verfassung durch Ludwig schien ihm diese Frage geregelt zu sein. Die Deklaration wäre wohl überhaupt nicht erlassen worden ohne das Drängen des plötzlich ohne Einladung erschienenen Grafen Artois, der den Mächten einen ganz anders gearteten Plan vorlegte. Er fand damit bei Leopold keine bessere Aufnahme, als er eine Abtretung Lothringens an Österreich in Aussicht stellte. Was konnte er denn versprechen?[4]) Mit der Annahme dieses Planes hätte man ja die schärfste Gegenrevolution proklamiert. Schon zur Abwehr derartiger Vorschläge, dann aber auch zur Dämpfung des Übermutes der französischen

---

[1]) Ranke 76 ff.; Sybel I 354.

[2]) Carisien 88 ff.

[3]) Ranke 85; Glagau 28—29; Sorel II 243—244.

[4]) Immerhin hielt das preußische Ministerium diese Nachricht für äußerst beachtenswert. Häußer I 322; H.E.B. 68; Heigel I 432; Sorel II 252.

Demokraten erging die erwähnte Deklaration, die für die tätige Einmischung in Frankreich die Einigung aller europäischen Mächte forderte[1]), und dieser Fall bestand nicht mehr.

Damit traf Leopold zwar ganz die Ansicht des preußischen Ministeriums, das die fremden Diplomaten noch ausdrücklich auf die Klauseln aufmerksam machte. Aber Friedrich Wilhelm war mit ganz anderen Gesinnungen nach Pillnitz gekommen. Aus allen Quellen hören wir, daß er noch in diesem Jahre hat aktiv vorgehen wollen. Ohne das Ministerium genau von seinen Ansichten in Kenntnis zu setzen, das voller Sorge dieser neuen Verwicklung entgegensah, ging er mit dem Kronprinzen, dem Prinzen von Hohenlohe, der schon im Vorjahre für das Kommando gegen Frankreich in Aussicht genommen worden war[2]), Bischoffwerder und Manstein nach Pillnitz — also nur Offiziere, keiner der leitenden Diplomaten wurde zugezogen. Mag es nun auch wahr sein, daß bei näherer Berührung mit Artois und Calonne Friedrich Wilhelm und Bischoffwerder in ihrer Freundschaft für die Emigranten abgekühlt wurden, entscheidend war doch die Haltung des Kaisers. Friedrich Wilhelm sah keine Möglichkeit, ihn aus seiner Untätigkeit aufzurütteln. Vergeblich bemühte sich Hohenlohe Mitte September in Prag, mit dem Kaiser militärische Maßregeln beider Mächte zu verabreden für den Fall, daß ein Eingreifen nötig werde. Dem König blieb nichts anderes übrig, als an Moustier am 1. Oktober zu erklären: da der Kaiser sich passiv verhalte, könne Preußen jetzt nichts tun. Auch der endgültige Abschluß des Bündnisses mit Österreich (die Konvention war nur als provisorische Einigung gedacht) kam trotz des preußischen Drängens nicht zu stande. Spielmann vertröstete Bischoffwerder auf ruhigere Zeiten. Leopold hatte ja, was er brauchte; sollte er sein Werk durch die mißgestimmten Berliner Diplomaten verderben lassen und Rußland noch mehr vor den Kopf stoßen? Außerdem hatte sich der politische Himmel aufgeklärt, und die Nachricht von der Annahme der neuen französischen Verfassung durch Ludwig konnte nur dazu beitragen, Leopold in dieser Ansicht zu bestärken; jetzt blieb ihm offenbar nichts mehr zu tun übrig[3]). Wurde die Lage

---

[1]) Carisien 89—90.

[2]) Den Herzog von Braunschweig hinderte Krankheit an der Reise. Schlieffen II 371 und 558—559.

[3]) Clapham 228.

aber wirklich bedrohlich, so kostete es ihn bloß ein Wort, und Preußen war bereit.

So war dieser preußische Ansturm gescheitert. Friedrich Wilhelm mußte abwarten, ob sich in der Tat Leopolds für den Frieden so günstige Ansicht bestätigte. Seine Ansichten aber blieben dieselben, und wir werden darauf wohl den „besorgten" Ton der Depeschen des Fürsten Reuß aus Berlin zurückführen können[1]). Der König war ja entschlossen, sich hierin genau auf derselben Linie zu halten wie Leopold[2]), besonders bei militärischen Maßregeln. Daraus hat man bisher auf seinen Wunsch geschlossen, diese Sache friedlich zu regeln; aber nur die äußerste Vorsicht wird man darin sehen dürfen. Den Grund für sie haben wir weniger in dem Glauben zu suchen, Preußen sei zu schwach, um die Revolution allein zu bändigen, als vielmehr in der Furcht, sich kräftig an ein Unternehmen zu machen, wenn es den Rücken nicht frei hatte. War auch kein Angriff Rußlands oder gar Österreichs zu befürchten, so war jetzt nach der Beendigung des Türkenkrieges doch die polnische Frage zu regeln — das war ein offenes Geheimnis. Hieran teilzunehmen, mußte sich Preußen auf jeden Fall vorbehalten. Ging es allein gegen Frankreich vor, so konnten die beiden Kaisermächte leicht eine Entscheidung über seinen Kopf hinweg herbeiführen. War es dagegen Österreichs durch dessen Teilnahme am Kriege gegen die Revolution sicher, so brauchte es sich nicht so sehr von Truppen an der Ostgrenze zu entblößen, und zu zweien konnte man politisch wie militärisch ein ganz anderes Gewicht in die Wagschale werfen. Unter dieser Bedingung konnte Preußen daran denken, die polnische gleichzeitig mit der französischen Frage zu lösen — ein Unternehmen, das sich dem rückblickenden Beschauer als riesengroß darstellt, das aber damals in seiner Bedeutung wohl von niemandem recht gewürdigt worden ist[3]).

Lange brauchte Friedrich Wilhelm nicht zu warten; denn an demselben Tage, an dem er sich so mißmutig gegenüber Moustier aussprach, trat in Paris die legislative Versammlung zusammen. Mit ihren Dekreten gegen Emigranten, Priester und Reichsfürsten schuf sie eine Lage, aus der sich — mindestens anfangs ohne ihren Willen — der Krieg als letzte Auskunft ergab. Rankes[4]) Wort:

[1]) Häußer I 324.
[2]) Carisien 92—93.
[3]) Vgl. F. C. Wittichen in H.V. IX (1906) 175—177.
[4]) S. 82.

„Die Politik suchte den Frieden, die universalen Gegensätze stellten den Krieg in Aussicht" ist immer noch der beste Ausdruck für diese Lage, wenn man es für Preußen in der angegebenen Weise abändert.

---

2. Kapitel

Preußen und Österreich bis Ende März 1792[1])

Den revolutionären Institutionen waren in ihrem Heimatlande die erbittertsten Gegner erstanden, vornehmlich in Klerus und Adel, die nicht nur ihrer Privilegien beraubt worden waren, sondern auch in ihrer Gewissensfreiheit sich beeinträchtigt fühlten, wie die Priester, und in ihrem persönlichen Eigentum direkt geschädigt worden waren, wie der Adel. Offen oder geheim suchten sie daher mit allen Mitteln die Durchführung des neuen Zustandes zu verhindern. Diese Reaktion unmöglich zu machen, war eine der vornehmsten Aufgaben der legislativen Versammlung, gerade weil sogar ein Teil der Vertreter der Revolution von der Notwendigkeit einer Rückwärtsrevision der Verfassung überzeugt war. Schien doch die Revolution mit der Annahme der Verfassung durch Ludwig XVI. beendigt zu sein, nur um deren E r h a l t u n g schien es sich in der Hauptsache noch zu handeln. Wenn aber die Vertreter der Revolution großenteils auch gewisse Abänderungen für nötig hielten, so wollten sie sich doch von ihrem Hauptziele um keinen Schritt abdrängen lassen. Bei dem einmal aufgestellten Prinzip der Souveränität der Nation mit all den daraus sich ergebenden Folgerungen beharrten sie; die Verfassung war der Hort, um den sie sich scharten. So war hier der Kampf in voller Schärfe proklamiert, und es fragte sich nur, wer die Macht haben würde, den Gegner unter das Joch zu zwingen.

Am 29. bezw. 9. November ergingen die Dekrete der Legislative gegen die eidweigernden Priester und die Emigranten. Man sieht gerade dem erstgenannten deutlich das Entgegenkommen an, den Wunsch, den Kampf womöglich zu vermeiden, und bei dem zweiten wird man die Schärfe nur begreifen können, wenn man erwägt, daß der Revolution schlechterdings kein anderes

[1]) Für das Folgende: R a n k e 95 ff.; L e n z in „Preußische Jahrbücher" Bd. 78, S. 1 ff. und 255 ff.; G l a g a u; T h. L u d w i g, Die deutschen Reichsstände im Elsaß (Straßburg 1898).

Mittel blieb, die ins Ausland gegangenen Adligen zum Gehorsam zu zwingen[1]). Es war die Kriegserklärung an die Emigranten oder besser die Antwort auf deren Manifest vom 10. September. Sie waren ja von den kleinen deutschen Reichsfürsten als Leidensgenossen aufgenommen worden. Auch diese waren durch die Abschaffung aller feudalen Rechte seit dem 4. August 1789 aufs schwerste geschädigt worden, soweit sie im Elsaß Besitzungen hatten, die nach den Bestimmungen des westfälischen Friedens und den Verträgen einzelner Fürsten mit Frankreich im 18. Jahrhundert unter französischer Souveränität standen. Sie hörten nicht auf, den Kaiser mit Bitten zu bestürmen, gegen diesen Umsturz aller Rechtsverhältnisse Protest zu erheben und nötigenfalls mit Waffengewalt ihnen ihr Recht zu verschaffen. Mit der Unterstützung der Emigranten taten sie jetzt den ersten Schritt zur gewaltsamen Reaktion.

Wir sahen schon, wie wenig Leopold zu einer Einmischung in Frankreich geneigt war. Er fühlte sich doch zunächst als Herrscher über die Lande der österreichisch-ungarischen Monarchie und wollte sich von dem Reiche keine Verpflichtungen auferlegen lassen, die ihn an der Durchführung der erstgenannten Aufgabe gehindert hätten. Ein schwächlicher Protest nach seiner Kaiserkrönung, das war bisher die Abschlagszahlung an die Reichsfürsten dafür gewesen, daß sie ihn gewählt hatten. Nun hatte zwar der Reichstag am 6. August 1791 ein Gutachten abgegeben, das sich zu ihren Gunsten aussprach, also gerade in den Tagen, als Leopold selbst nach der mißglückten Flucht seiner Schwester notgedrungen an eine Intervention dachte, aber die weitere friedliche Entwicklung ließ es Leopold für nicht angezeigt halten, durch seine kaiserliche Bestätigung das Gutachten zum Beschluß zu erheben und damit dem eben erst erstickten Brande neue Nahrung zuzuführen.

Diese Lage änderte sich jedoch, als die Legislative den Dekreten gegen Priester und Emigranten auch einen Vorstoß gegen diejenigen deutschen Reichsfürsten folgen ließ, welche die Emigranten in ihre Territorien aufgenommen und sie sich hatten bewaffnet versammeln lassen. Zu der Durchführung der ihnen angedrohten Maßregeln zog Frankreich an der Ostgrenze 150 000 Mann zusammen. Das war für diese Kleinfürsten gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung, der sie so gut wie nichts

[1]) Vgl. auch Lescure, Corr. secrète II 571—572 (2. Januar 1792).

entgegenzusetzen hatten, wenn die deutschen Mächte, vor allem der Kaiser, nicht hilfreich eingriffen. An Österreich und Preußen ergingen von dem besonders bedrohten, da besonders gegenrevolutionären, Kurfürsten von Trier Hilfsgesuche. Der Kaiser sah sein System durch dies Überwuchern des Einflusses der vorwärtsdrängenden Richtung in Frankreich gefährdet und hielt jetzt, noch ehe er offiziell Kenntnis von den Vorgängen in der Legislative vom 14. Dezember hatte[1]), die Zeit für gekommen, den Franzosen eine Lektion zu geben. Er benützte den Anlaß, den ihm die höfliche Requisition seines Beistandes gegen die Kurfürsten von Mainz und Trier durch die französische Regierung bot, am 10. Dezember das erwähnte Gutachten zu bestätigen. Er wollte damit, sowie kurz darauf (21. Dezember) mit der Erklärung, einen Einfall der Franzosen in Reichsgebiet als Kriegserklärung zu betrachten[2]), einen Beweis seiner patriotischen Gesinnung geben und die Franzosen durch möglichst energische Drohungen, ganz wie in den Monaten Juli und August, mit Hervorhebung des Konzertes der Mächte von ihrem unverschämten Vorhaben abbringen. Das ängstliche Gebaren der Feuillants, die den Krieg durch Verhandlungen zu verhindern suchten, bestärkte ihn nur in seiner Ansicht. Der Anlaß zum Streite, Emigranten- und Fürstenfrage, treten jetzt zurück; um das Konzert der europäischen Mächte handelt es sich in dem folgenden Kampf, d. h. um den Kampf gegen das von Frankreich in Anspruch genommene Recht der nationalen Selbstbestimmung. Je mehr die Franzosen das Konzert zurückweisen und je schärfere Maßregeln sie treffen, umsomehr glaubt Leopold auf dem einmal eingeschlagenen Wege beharren zu müssen in völliger Verkennung der neuen Zeit, die sich hier ankündigte.

Zu dieser innerfranzösischen und der reichsständischen Opposition gegen das neue Frankreich kommt nun als drittes Moment, das den Krieg des neuen mit dem alten Europa entzünden half, die Tätigkeit derjenigen französischen Partei (es sind die Feuillants), die ihr Ziel, die Herstellung eines konstitutionellen Frankreich, nur durch die Einwirkung eines europäischen Kongresses erreichen zu können meinte, und die sich in dem Mittel mit der Königin Marie Antoinette zeitweise zusammenfand, nie aber in dem Ziel. Sie und nicht ihr Gemahl war ja hieran die treibende

[1]) Clapham 229—230.

[2]) Die Bedingung für die Gewährung des Schutzes übersahen die erregten Franzosen. Carisien 93.

Kraft. Sie erstrebte die Herstellung oder besser die Schöpfung einer wirklich absoluten Monarchie in Frankreich, wie sie dort noch nicht bestanden hatte. Auf geheimem Wege ließ sie ihrem Bruder wieder und wieder die Notwendigkeit des Einschreitens vorstellen oder tat es selbst. Als sie bei ihm auf direktem Wege nichts ausrichten zu können meinte, da versuchte sie es auf den Rat ihres Vertrauten Fersen auf indirektem Wege[1]) und erreichte hiermit, unterstützt von dem Vorgehen der Nationalversammlung, in der Tat ein schärferes Vorgehen von Leopold. Aber er wie Kaunitz dachten nicht daran, auf ihre Absichten wirklich einzugehen. Er folgte tatsächlich den Vorschlägen der Feuillants, genauer der Lameths, da sie mit seinen Interessen übereinstimmten, wie er glaubte. Indem er immer lauter mit dem Einschreiten des europäischen Konzerts droht zur Unterdrückung des gemeingefährlichen Treibens der Jakobiner, treibt er den Nationalstolz der Franzosen nur immer höher. So steigert sich die Spannung von Woche zu Woche, bis sie in der Kriegserklärung von Frankreich an den König von Ungarn und Böhmen ihre Lösung findet. Ich brauche auf das einzelne der Ereignisse bis zum Februar 1792 hier nicht näher einzugehen. Nur auf das Verhalten Preußens in dieser Zeit kommt es mir an; ihm müssen wir uns jetzt genauer zuwenden, namentlich der Frage, ob Preußen lediglich mitgegangen ist, oder ob es selbständig auf die Ereignisse eingewirkt hat zur Erreichung ganz bestimmter politischer Ziele. Das Urteil kann nicht zweifelhaft sein.

Wir sahen oben, daß das preußische Kabinettsministerium gegen die Absicht einer bewaffneten Intervention in Frankreich und gegen den Beitritt Rußlands sich vergebens gewehrt hatte. Der König war über diesen Protest hinweggegangen und hatte die eingeschlagene Richtung weiter verfolgt, bis Leopold ihm die Möglichkeit dazu nahm. So blieb er notgedrungen stehen, bereit, jeden Augenblick erneut zum Schwert zu greifen. In dieser Zeit aber vollzog sich im Kabinettsministerium ein bedeutungsvoller Gesinnungswechsel[2]). Schulenburg und Finckenstein, die von Alvensleben zu dem Protest gegen Bischoffwerders Politik mitgerissen worden waren, gingen zum König über. Nur Alvensleben blieb damit in einer unfruchtbaren Oppositionsstellung, so daß

---

[1]) Vgl. auch die Schritte Gustavs III. bei Friedrich Wilhelm II. (Akeson 157, 187 ff. und 237 ff.); Carisien 94.

[2]) F.D.G. V 278 ff.; Ranke 268 ff.; Koser 469.

er noch am 3. Juni 1793 an Lucchesini schreiben muß[1]): „Meine Stimme gilt noch immer zu wenig, um sehr in Rechnung gestellt zu werden." Mag man über die innerliche Begründung, die sittliche Berechtigung jenes Schrittes denken, wie man will — jedoch ohne den heute üblichen Maßstab anzulegen! — sicher ist, daß die beiden Minister damit die einzige Möglichkeit wählten, bei der ein fruchtbares Arbeiten noch möglich war[2]). Bei Finckensteins Alter und seiner vorsichtigen Zurückhaltung bekam so Schulenburg allmählich die Leitung der Geschäfte in die Hände. Damit beginnt die preußische Politik wieder ein festes ministerielles Gepräge zu erhalten im Gegensatz zu dem früheren raschen Wechsel verschiedener Bewegungsmöglichkeiten, denen ein so schwerfälliges Instrument wie das kollegialisch organisierte Kabinettsministerium nicht folgen, denen es nicht gerecht werden konnte.

Nur einige Wochen brauchte sich Schulenburg in der Kunst, zu warten, zu üben; denn schon am 17. November beantragte Reuß in Berlin die Fortsetzung der Verhandlungen über die Allianz[3]). Wieder werden wir uns fragen müssen, ob diesem Zeitpunkt besondere Bedeutung zukommt. Am 12. November hatte Kaunitz einen Zirkularerlaß an die Gesandtschaften in Petersburg, Madrid, Berlin, Neapel und Stockholm, also an die Höfe versandt[4]), die dem Plan einer Intervention in Frankreich mehr oder weniger ihre Hilfe zugesagt hatten. In ihm hatte er wie schon in dem vertraulicheren Erlasse an Mercy vom Tage vorher[5]) infolge von Ludwigs Verfassungsannahme für die Folge das Konzert der Mächte zu lediglich passiver Bedeutung bestimmt. Nur die bedrohliche Haltung der Legislative veranlaßte ihn, es nicht gleich als ganz aufgehoben zu bezeichnen. Er hoffte sie durch seine Fortdauer doch in gewisse Schranken zurückweisen zu können. Preußen stimmte dem selbstverständlich zu. Hier also scheint mir kein Anlaß zu liegen, gerade jetzt die Verhandlungen über das Bündnis wieder aufzunehmen, wohl aber in einer gleichzeitigen Weisung an den Grafen Ludwig Cobenzl nach Petersburg, die energisch für die Anerkennung der neuen pol-

[1]) Rep. 92 Lucchesinis Nachlaß Nr. 23.

[2]) Vgl. auch Bailleu in der Deutschen Rundschau Bd. 20 (1879), S. 277.

[3]) Sybel II 171.

[4]) Vivenot I Nr. 206, Nr. 204 und 207; vgl. Clapham 228—229.

[5]) Vivenot I Nr. 397; Carisien 92.

nischen Verfassung eintritt[1]). Unmöglich konnte sich Kaunitz verhehlen, daß Katharina einem erneuten derartigen Schritt nicht günstig gegenüberstehen konnte[2]). Was lag nun näher, als die neugewonnene Verbindung mit Preußen dazu auszunützen, hier einen alten Wunsch der österreichischen Politik zu verwirklichen, wozu sich jetzt so unerwartet die beste Gelegenheit geboten hatte. Preußen ging sofort auf den österreichischen Vorschlag ein (20. November 1791), und dachte, dabei mancher wichtigen Frage eine für Preußen günstige Lösung zu geben, da Österreich seines Entgegenkommens bedurfte[3]). Es schlug die Stipulierung einer vertragsmäßigen Hilfe von 20 000 Mann vor, als Reuß danach fragte, d. h. 8000 Mann mehr als gewöhnlich in solchen Verträgen festgesetzt wurde, die höchste Zahl, die überhaupt vorkam. Das war ganz im Sinne des Königs, der eher noch weiter gegangen wäre.

Aber der Wunsch von Kaunitz, im Westen den Frieden zu erhalten, um im Osten sein Schäfchen ins Trockene zu bringen, wurde durch das energische Vorgehen der Legislative undurchführbar. Als er am 20. Dezember von neuem auf den Abschluß drängte, da hatte auch für ihn die französische Frage schon sehr an Bedeutung gewonnen. Preußen sollte ihm helfen, die Jakobiner durch gleichlautende Erklärungen einzuschüchtern, nötigenfalls mit Waffengewalt; aber daß es dahin kommen würde, hielt er für ganz ausgeschlossen. Friedrich Wilhelms Haltung entsprach nach außen ganz den österreichischen Wünschen. Sein Gesandter in Paris mußte eher noch schärfer auftreten trotz dessen persönlichen Widerstrebens, als der österreichische Geschäftsträger Herr von Blumendorff. Das fiel umsomehr auf, als Leopold zunächst nicht als der mit Preußen verbundene Beherrscher Österreichs, sondern als Kaiser vorging. Aber das Verhalten des preußischen Königs bereitete den Österreichern in den Vertragsverhandlungen doch manche Sorge, da er sich durchaus nicht zu der so heiß begehrten Garantie der neuen polnischen Verfassung bereitfinden lassen wollte. Fallen ließ zwar Österreich die polnische Frage durchaus nicht, sie sollte im Vertrage im Sinne Österreichs geregelt werden, und gleichzeitig suchte man in Sachsen den Kurfürsten durch Landriani

---

[1]) Vivenot I 208—209.
[2]) Beer 112 ff.
[3]) Ranke 115—117.

zur Annahme der Krone zu bestimmen; würde sich Rußland der Vereinigung dieser drei Mächte zu widersetzen wagen?[1]) Aber nur die Notwendigkeit, Preußens gegen Frankreich sicher zu sein, ließ die Österreicher zum Abschluß des Vertrages schreiten, ohne die gewünschte Fassung des Polen betreffenden Artikels erlangt zu haben. Ferner mußten sie darauf verzichten, bei inneren Unruhen in Belgien, also gerade dem Lande, wo es am ersten dazu kommen konnte, die Bundeshilfe von Preußen zu verlangen. Beide Artikel berichtigten das Werk Bischoffwerders für Preußen in sehr erfreulicher Weise. Der zweite erscheint mir deshalb besonders wichtig, weil es sich damit der Teilnahme an einer Art Exekution gegen widerspenstige Untertanen entzog, für den Fall eines auswärtigen Angriffs aber sofort zur Stelle war[2]).

Jetzt nach dem Abschluß des Bundes konnte Leopold, auf Preußen gestützt, noch kräftigere Drohungen als bisher an die Franzosen richten[3]). Preußen seinerseits arbeitete an der Ausnützung der Allianz für den Krieg gegen die Revolution[4]), und auch in die Öffentlichkeit sickerte von seiner derartigen Haltung etwas durch[5]). Wollte es Österreich dafür gewinnen — eine Kriegserklärung der Franzosen erwartete man ja nicht — so mußte es schon besondere Anstrengungen in Wien selbst machen. Leopold hatte den Wunsch ausgesprochen, den Freund Österreichs, Bischoffwerder, nach dem Abschluß des Vertrages nach Wien geschickt zu sehen[6]), um mit ihm die eventuellen Maßregeln zur Verwirklichung des Konzertes, die er jetzt doch für möglich hielt, zu besprechen. Diese Mission sollte nun für Preußen ein Mittel werden, um Österreich auf der Bahn des Eingreifens in

---

[1]) Vivenot I Nr. 219, 220, 221, 223; F.D.G. IV 400—403.

[2]) Ranke 117—123 und 277; Sybel II 173—181; Clapham 158.

[3]) Häußer I 335; Ranke 134.

[4]) Natürlich sagte es das seinen Vertretern an den Höfen außer Wien nicht, und da findet man etwa Stellen wie folgende in dem Erlaß an Goltz in Petersburg vom 5. Januar 1792: L'attention principale est maintenant tournée du côté de la France où les démêlés de l'assemblée nationale avec les princes réfugiés et avec ceux de l'Empire qui protègent les émigrés sont encore dans les mêmes termes sans qu'on en viendra j'espère à des extrémités après les déclarations que le Comte de Goltz a été chargées de faire à Paris en mon nom et auxquelles le ministre de l'Empereur aura indubitablement reçu ordre d'accéder (Rep. XI Rußland 133 A).

[5]) Politisches Journal 1792. Januar: Briefe aus Berlin 20. und 23. Januar 1792; Februar: Briefe aus Berlin 10. und 18. Februar 1792.

[6]) Vivenot I 219, 230, 248, 266, 267; H.E.B. 149.

Frankreich zu raschen energischen Taten fortzuziehen. Wir müssen dabei noch etwas zurückgreifen und uns kurz Verhandlungen vergegenwärtigen, die zwischen Ludwig XVI. bezw. seinem Bevollmächtigten Breteuil und Preußen stattgefunden hatten.

Ludwig hatte am 3. Dezember 1791 auch nach Preußen geschrieben, um es zur Teilnahme an einem bewaffneten Kongreß zu veranlassen[1]). Erst sehr spät, am 12. Januar, erhielt Friedrich Wilhelm den Brief. Er ließ sich aus seiner vorsichtigen Haltung nicht herauslocken, die nach außen zu spielen er jetzt für nötig hielt. Zwar antwortete er am 14., er sei zum Einschreiten bereit, aber er fügte wieder die bekannten beiden Forderungen dazu: der Kaiser muß vorangehen, deshalb will er sich mit ihm ins Einvernehmen setzen, und er muß sich für die Ausgaben, die dem Interesse seines Staates fremd sind, schon jetzt den Anspruch auf spätere Entschädigung vorbehalten.

Selbstverständlich sprach er dabei nur von Geld[2]). Das erkannte Breteuil am 1. Februar als durchaus berechtigt an; nur bat er um günstige Bedingungen für die Rückzahlung der Kriegskosten. Er sprach die Hoffnung aus, daß Österreich mit dem Kongreß nun endlich Ernst machen werde. In Berlin war man dessen durchaus nicht so sicher, und Schulenburg gab nur die Ansicht von Kaunitz weiter, wenn er am 13. Februar antwortete: es sei nicht so eilig; ein Kongreß in Aachen bedeute nur eine Gefahr für Ludwig, man müsse ihn in Wien abhalten. Das hieß: es sollte nur ein diplomatisches, nicht auch ein militärisches Manöver werden, w e n n es überhaupt dazu kam. Für die Entschädigungen wünschte Schulenburg noch eine Ratifikation der Versprechungen Breteuils, die ihm vorläufig genügten, von dem König zu erhalten[3]). Hiernach mußte Breteuil diesen Sturm auf Preußen als abgeschlagen ansehen. Er wandte sich erst wieder Ende März mit einer besonderen Bitte an Preußen durch seinen

---

[1]) Schlosser V 324—325; Häußer I 327—328; Sybel II 21—22; H.E.B. 127—128; Ranke 106 ff.; Feuillet IV 269 und VI 15; Fersen II 11, 128—130, 144—145, 149—151; Ssolowjoff 365; Flammermont 1—16; Sorel II 329 ff.; Heigel I 467—468 und 523; Akeson 174 ff.; Carisien 94.

[2]) H.E.B. 163—164.

[3]) Flammermont 16—17. Den dort fehlenden Schluß des Briefes von Schulenburg an Breteuil vom 13. Februar 1792 siehe in Rep. XI 89 Frankreich. Secretissima.

Vertreter, den Vicomte de Caraman, der sich Anfang Februar nach Berlin begeben hatte mit dem Auftrage, Preußen in seiner Ludwig günstigen Gesinnung möglichst zu bestärken. Denn es galt ihm als ausgemacht, daß Preußen sich nur mit Bedauern der von Österreich angenommenen Haltung fügte[1]).

In der Tat dürfen wir die Absichten Preußens nicht in dem Briefe Schulenburgs an Breteuil suchen. Nur nach außen gab man vor, mit Österreich völlig einig zu sein, um sich nicht zu kompromittieren, um sich nicht allein an die Lösung dieser Frage zu machen[2]). Unter dieser Decke arbeitete man aber umso eifriger an dem Zustandekommen kräftiger Maßregeln, bei denen man für Preußen immer einen Gewinn herauszuschlagen hoffte. Wir haben für diese Gesinnungen von König und Ministerium ein unwiderrufliches Zeugnis in der Instruktion Bischoffwerders vom 18. Februar, die er für die neuen Verhandlungen in Wien erhielt. Noch war der Krieg nicht gewiß, aber Preußen wollte ihn herbeiführen[3]).

Für Leopold war ein besserer preußischer Unterhändler nicht denkbar. Das Ministerium konnte dieser neuen Mission, die ohne sein Zutun versprochen worden war[4]), nur wenig erfreut gegenüberstehen. Auf jeden Fall mußte der General eine genaue Instruktion erhalten. Machte er dann wieder Seitensprünge, so kam alles darauf an, ob der König ihm oder dem Ministerium folgen würde; dies war jedenfalls gedeckt und suchte seine Stellung noch dadurch zu verstärken, daß es Jacobi beauftragte, alle an ihn gelangenden Weisungen auch dem Generaladjutanten mitzuteilen, so wie sie ihm die an Bischoffwerder ergehenden mitteilten. Das erste war doch eigentlich selbstverständlich; denn Bischoffwerder war besser als Jacobi in die Politik seines Herrn eingeweiht. Er konnte also nichts Besonderes erfahren, eher schon Jacobi. Es war nur eine Maßregel zur Aufrechterhaltung der Einheitlichkeit der preußischen Politik[5]). Aber gleichzeitig

---

[1]) Flammermont 11—16; Fersen II 135; Sorel II 368.

[2]) H.E.B. 148—149.

[3]) Rep. XI 89 b Frankreich. Schulenburg: Schulenburg an Braunschweig 21. Februar; Br. an Schulenburg 26. Februar; Rep. 92 Lucchesinis Nachlaß Nr. 37, Schulenburg an Lucchesini 27. Februar; Clapham 170, 203—204 und 233; Carisien 95.

[4]) Rep. 92 Lucchesinis Nachlaß 37: Schulenburg an Lucchesini 31. Dezember 1791.

[5]) Rep. I 169 die Minister an Jacobi 4. März.

etwa erhielt er den Auftrag, unabhängig von Bischoffwerder über alle Vorgänge zu berichten[1]), da nur der Vergleich der Berichte von beiden Gesandten es erlaube, einen Schluß auf die wahren Absichten des Wiener Hofes zu ziehen[2]). Wie berechtigt das Mißtrauen des Ministeriums war, sollte sich bald zeigen.

Die Instruktion[3]) also haben wir diesmal als den Ausdruck der Willensmeinung von König und Ministerium anzusehen[4]) (von Alvenslebens persönlicher Stellungnahme sehe ich hier ab); die sonstigen Äußerungen des Königs wie des Ministeriums stimmen durchaus mit ihr überein. Sie bezieht sich fast ausschließlich auf die Intervention in Frankreich. Denn die Bemerkungen über Polen sind nur gemacht zur Klarlegung des preußischen Standpunktes, wenn die Österreicher darauf zu sprechen kommen sollten, und das deutlich genug. Wir kennen ihn bereits: Preußen wollte die neue Verfassung nicht schützen, wollte Polen vielmehr vor allen Dingen schwach erhalten, lehnte also die dauernde Verbindung von Sachsen und Polen ab. Nur im Notfalle könne sich Preußen die augenblickliche Verbindung gefallen lassen, da der Kurfürst von Sachsen bei dem Fehlen männlicher Nachkommenschaft dann immer noch der beste Kandidat sei[5]). Die Hauptforderung bleibt aber das Einverständnis mit Rußland. Preußen hatte in diesem Augenblick bereits die Nachricht, die die Verhandlungen über die zweite Teilung Polens in Fluß brachten[6]), d. h. Österreich stand in der polnischen Frage allein, wie es das schon beim Abschluß des Berliner Vertrages gefürchtet hatte. Auch in Dresden hatte

---

[1]) Er hatte sich am 6. März auf den Bericht von Bischoffwerder bezogen, ebenso am 9. März.

[2]) An Jacobi 12. März.

[3]) Ranke 278—285; Sybel II 184—185; Heigel I 502—503.

[4]) Der König hatte am 17. Februar an Schulenburg Fingerzeige für ihre Anfertigung gegeben Rep. 96, 147 G. I F.S.A. Au Roi 18. Febr. Auch von Braunschweig wissen wir, daß er in Potsdam einen Entwurf (Précis) dazu gebilligt hat. Rep. XI 89 b. Schulenburg an Br. 21. Februar.

[5]) Das war wohl eine weiter nichts besagende Höflichkeit gegenüber den Österreichern und den Sachsen; Bischoffwerder reiste ja über Dresden.

[6]) Es verdient aber bemerkt zu werden, daß schon am 8. März, also vor dem Eintreffen der entscheidenden zweiten Nachricht aus Petersburg (vgl. unten), an Jacobi eine Weisung erging, aus der deutlich zu ersehen ist, daß für Preußen das eigentliche Interesse war, das Zustandekommen der neuen Verfassung mit ihrer besonders gefährlichen Bestimmung über die Thronerblichkeit zu verhindern; es wagte nur nicht, offen dagegen aufzutreten, sondern versteckte sich hinter Rußland.

Bischoffwerder das zu erklären. Es bedurfte aber kaum mehr seines Mahnens, um den zögernden Kurfürsten vollends von der Annahme des Danaergeschenkes der polnischen Krone abzuhalten, da auch sein Vertreter in Warschau, Herr von Essen, ihn über die wahre preußische Meinung unterrichtete, die die in Dresden befindlichen Polen vergeblich zu verdunkeln suchten[1]).

Dieser Artikel der Instruktion betraf also lediglich eine Erklärung, die eventuellen Verhandlungsversuchen sofort ein Ende machen sollte. Die übrigen waren der französischen Angelegenheit gewidmet. In zwei Sätze kann man ihren Hauptinhalt zusammenfassen: W e n n etwas geschieht, dann soll es auch kräftig sein, und f ü r d i e s e n F a l l verlangt Preußen Entschädigung für seine Kosten. D a ß die Österreicher wirklich etwas tun wollten, war den Preußen durchaus nicht sicher. Der Plan für das zu errichtende Konzert war ja eben zwischen beiden Mächten vereinbart worden, d. h. Preußen hatte die österreichischen Grundsätze durchaus angenommen und nur für die Aktion selbst in dem unten angegebenen Sinne Änderungen vorgeschlagen, die Österreich nur zum kleinen Teile genehmigte. Nun war aber das Zustandekommen des Konzertes durchaus nicht gesichert. Rußland, Schweden und Spanien begünstigten die Emigranten, Österreich wollte sie an der Intervention überhaupt nicht teilnehmen lassen. Wie nun, wenn es zu keinem Konzerte kam? Österreich und Preußen sollten sich nach dessen Ansicht auch für diesen Fall einigen, und wenn etwas, so ist dieser Punkt charakteristisch für den W u n s c h Preußens, einzuschreiten. Denn war das preußische Kabinett wirklich so friedliebend, wie man vielfach angenommen hat[2]), so bleibt es völlig unerklärlich, warum es die Bundesfreundlichkeit und die Selbstentäußerung so weit trieb, den Österreichern auch für diesen Fall seine Hilfe zuzusichern. Etwas anderes oder besser weniger k a n n ja der preußische Antrag nicht bedeuten[3]).

In der Entschädigungsfrage machte Preußen jetzt schon ganz bestimmte Vorschläge, auf die ich noch in anderem Zusammenhange zurückkommen muß[4]). Preußen will sich zwar mit Geld

[1]) Berichte L u c c h e s i n i s 4. und 28. Januar 1792 in Rep. 9, 27.

[2]) R a n k e 145—153; S y b e l II 172—192; H e i g e l I 535—536.

[3]) V i v e n o t I 263 und 279.

[4]) Hier möchte ich nur darauf hinweisen, daß ein leiser Nachklang der patriotischen Begeisterung des deutsch-französischen Krieges Ranke bestimmt zu haben scheint (S. 145—146 und 153), den preußischen Ent-

begnügen, wenn es nur zu Rüstungen kommt; im Kriegsfalle aber verlangt es Landbesitz: Jülich-Berg für Preußen, Elsaß-Lothringen für Österreich bezw. Bayern und die kleineren Reichsfürsten. Vergegenwärtigen wir uns nun kurz die Tendenzen der österreichischen Politik, um uns dann nach dem Ergebnis der Mission Bischoffwerders und den Vorgängen zu fragen, die zur französischen Kriegserklärung führten.

Wir sahen, daß am 12. November 1791 Kaunitz das Konzert der europäischen Mächte zur Passivität gegenüber Frankreich verurteilt hatte, wie aber Emigranten, Reichsfürsten und Legislative, endlich das Vorgehen Marie Antoinettes ihm nicht lange Zeit ließen, diese Ruhe zu genießen. Nach langen Vorbereitungen beschloß endlich am 17. Januar eine Staatskonferenz in Wien, die Aktivierung des Konzertes in die Wege zu leiten, wenn man jetzt auch nicht mehr den König als nicht frei bezeichnen konnte und die Forderungen auf einen erträglichen Zustand mit Hilfe der neuen Verfassung beschränken mußte. Dieser Beschluß wurde von Leopold bestätigt[1]). Das erste Erfordernis für die Durchführung dieser Maßregel war, die preußische Zustimmung zu gewinnen, und wir sehen hier, wieviel Wert Österreich auf den raschen Abschluß der Allianz mit Preußen legen mußte. Dies war in der Tat die einzige Macht, auf die sich Österreich im Kampfe gegen die Revolution wirklich stützen zu können schien. Denn mehr und mehr stellte es sich heraus, daß sein alter Bundesgenosse Rußland in dieser Frage wieder einmal zum großen

---

schädigungsansprüchen eine Richtung zu geben, die als national beabsichtigt erscheint. Er verkennt dabei, daß die Eroberung von Elsaß-Lothringen für Preußen nur das Mittel war, um außer der Entschädigung der Reichsfürsten auch die für Österreich und für Pfalzbayern zu erlangen, damit Preußen Jülich und Berg erhalten konnte. Wir sehen hier, mit welchen Schwierigkeiten eine Ausdehnung Preußens auf deutschem Gebiet verknüpft war, eine Begleiterscheinung der Fürstenbundspolitik, die nicht zu gering angeschlagen werden darf.

[1]) Gern gingen die Österreicher nicht an das Geschäft. So schreibt Leopold an Reuß am 4. Januar (Vivenot I 219), die Nachrichten würden wohl nichts anderes übrig lassen, als eine ernsthafte Partei gegen Frankreich zu ergreifen — und noch vorsichtiger am gleichen Tage Kaunitz an Reuß (Vivenot I 221): Nötigenfalls muß dann die Existenz und der Ernst des gemeinschaftlichen Konzerts durch angemessene Beweise (als z. B. mittels eines gemeinschaftlichen Vereinigungsaktes, welcher die hypothetischen Fälle der Realisierung des Konzerts eventualiter bestimmte) öffentlich konstatiert werden. Vgl. auch Lenz in Preuß. Jahrb. 78, 302 ff.; Glagau 157—170.

Ärger der Österreicher durchaus selbständig seinen Weg ging[1]). Schweden, Spanien, Neapel, wohl auch Sardinien waren nun mit Rußland in der Hauptsache einig, auf ihre Mitwirkung beim Konzert, wie es Österreich plante, konnte also nicht gerechnet werden, oder sie schadete mehr, als sie nützte. Von England, Holland, Dänemark und den kleinen deutschen wie italienischen Staaten war eine nennenswerte Hilfe von vornherein nicht zu erwarten. Auf Preußen also kam alles an. War man mit diesem einig, so war die Basis für das Konzert gegeben. Schlossen sich

[1]) Am 25. Dezember 1791/5. Januar 1792 schlug es im Einverständnis mit Spanien den Mächten einen Plan vor, nach dem die Hauptaktion den Emigranten zufallen, die Truppen der Mächte nur als Hilfskorps erscheinen sollten. (Minnen ur Sveriges nyare Historia. Sambade af B. von Schinkel. Bihang utgifvit af S. J. Boethius. Upsala I 138—143.) Die Pflicht Frankreichs, für die Kriegskosten aufzukommen, wurde darin als selbstverständlich anerkannt — für Preußen ein wichtiges Zugeständnis, auf das es sich nachher oft beruft, bei dessen allgemeiner Fassung es sich aber vorläufig beruhigt, da das weitere Sache späterer Vereinbarung sei. Von Polen war auch hier mit keinem Worte die Rede. Preußen lehnte aber den russischen Plan als Ganzes doch sehr höflich einfach mit der Bemerkung ab, daß es mit Österreich in Verhandlungen über das Konzert stehe und bald nähere Mitteilungen werde machen können. Am 10. Februar tat Preußen dann seinen Gegenzug (der König wünschte ausdrücklich, möglichst rasch Goltz instruiert zu sehen: Cette instruction au Cte. Goltz était très nécessaire et je vous [die drei preußischen Kabinettsminister sind gemeint] la renvoie de bonne heure pourqu'elle parte le plus tôt le mieux) mit der Instruktion von Goltz für gemeinsames Vorgehen mit Ludwig Cobenzl in der Konzertfrage. Ja sogar wenn der Plan Österreichs nicht genau mit dem von Preußen skizzierten übereinstimme, solle Goltz ihn unterstützen, da Österreich nur so weit vorgehen werde, als die Vorsicht es erlaube. Als dies im Begriffe war, seinen Plan nach Petersburg mitzuteilen, erhielt Goltz erneute Anweisung in diesem Sinne (26. Februar cf. Vivenot I 263, vgl. an Goltz 1. März). Bis zum 12./13. April hat Österreich dann den Erlaß noch hingezögert; der Tod Leopolds ist doch nur eine schwache Entschuldigung für den fehlenden guten Willen (an Goltz 8. März, 13. und 18. April. Bericht Goltz 9./20. April). An Preußen also lag es wirklich nicht, daß der Versuch bei Rußland nicht eher gemacht worden ist (vgl. auch an Goltz 10. Februar, wonach er eventuell sogar ohne Instruktion mit L. Cobenzl vorgehen soll). Goltz hielt allerdings bei Cobenzls Bestreben, der Verbindung zwischen Österreich bezw. Rußland und Preußen zu schaden, ein gemeinsames Vorgehen nicht für ausführbar. Das Kabinettsministerium tröstete ihn aber mit der Bemerkung, jener werde wohl gezwungen werden, die Politik seines Hofes mitzumachen (Bericht 10./21. Februar, an Goltz 8 März). Vgl. Ostermann an Alopeus 25. Dezember 1791/5. Januar 1792 (Auszug mit Beilage). F.S.A. Au Roi 19. Januar, Note für Alopeus (19. Januar), an Goltz 19. Januar, alles in Rep. XI, Rußland 133 A. An Haugwitz 13. Juni 1792 in Rep. I 170.

andere Mächte wenigstens äußerlich an, so reichte das für die geplante Demonstration aus, und an einen Krieg glaubte man ja noch immer nicht. Wenn nun aber das Konzert nicht zu stande kam und der Krieg auch nicht von den Franzosen erklärt wurde, dann konnte Österreich auf seine Bemühungen hinweisen und die Schuld an dem Scheitern auf andere Mächte wälzen — ein sehr wesentlicher Grund für die Österreicher, überhaupt den Versuch zu machen, die Theorie des Gleichgewichtes der europäischen Mächte und des allgemein geltenden Völkerrechtes praktisch geltend zu machen[1]).

Preußen hatte nur geringe Ausstellungen an dem Plane zu machen, den Reuß ihm auf Befehl vom 25. Januar vorzulegen hatte. Sie lassen sich sämtlich aus dem Wunsche ableiten, ganz und rasch das zu tun, was es überhaupt angreift, deshalb nicht nur zu drohen, sondern auch die Mittel bereitzustellen, um der Drohung eventuell sofort die Tat folgen zu lassen[2]) und sich Entschädigungen zu sichern.

Dieser modifizierte österreichische Plan hatte in der Hauptsache folgenden Inhalt. Nach der Bildung des Konzertes der europäischen Mächte sollte dies von Frankreich fordern: 1. die Zurückziehung der drei Armeen von der Reichsgrenze, 2. die Einsetzung der Reichsfürsten in ihre Rechte und Besitzungen, 3. die Rückgabe von Avignon und Venaissin an den Papst, 4. persönliche Sicherheit der königlichen Familie, 5. monarchische Regierungsform, 6. Gültigkeit aller Verträge[3]). Die Frage der

---

[1]) Martens, Traités-Russie VI 160. H.E. Bd. 158—161. Fersen II 115—116, 118—127, 136—139, 146—149. Vivenot I 262—264, 257. Krieg gegen die Revolution I 52.

[2]) Preußen verlangte dementsprechend Erhöhung der Truppenzahl von 40 000 auf 50 000 Mann, Vereinbarung über eine gemeinsame Deklaration, der man — wie sich herausstellen sollte — eine übertriebene Bedeutung beimaß, und über eine eventuelle Spaltung unter den am Konzert teilnehmenden Mächten. Vgl. H.E. Bd. 148 und 191. An wirklich kräftige militärische Maßregeln dachten jetzt aber weder Preußen noch Österreich. Wozu auch? An einen französischen Angriff glaubte man nicht, und wenn er erfolgen sollte, so war die Furcht davor wirklich nicht besonders groß. Sollte man sich endlich unnütz in Kosten stürzen, die man nicht zurückerstattet erhielt?

[3]) Preußen wollte hiervon Nr. 4 und 5 weglassen als gefährlich für die königliche Familie, dagegen als Nr. 7 hinzufügen die Forderung, die aufrührerischen Schritte der Jakobiner zu unterbinden, damit die Revolution sich nicht auch auf andere Länder ausdehne (Preußen aber fürchtete nichts für sich!). H.E. Bd. 161—163. Rep. XI Rußland 133 A. an Goltz

Entschädigung für die Kriegskosten wollte Österreich von anderen Mächten anregen lassen (man erwartete ein Vorgehen Preußens in dieser Richtung), um seinem Vorgehen den Anstrich der Uneigennützigkeit geben zu können. Noch hoffte Österreich, seine Forderungen lediglich durch politische Demonstrationen durchzudrücken, wollte aber eventuell auch militärische anwenden und bestimmte dazu ursprünglich 40 000 Mann, auf Preußens Anregung 50 000, abgesehen von den in den Niederlanden befindlichen Truppen. Diese Zahl wurde so hoch gegriffen — so erschien es wenigstens den deutschen Mächten — weil man damit die anderen Mächte zu entsprechend hohen Leistungen heranzuziehen hoffte, die Einschränkung ergebe sich bei der Realisierung ja von selbst — wieder ein Beweis, wie bei dem Konzert alles auf den Schein gestellt wurde. Nur die Absendung von 6000 Mann nach Vorderösterreich wurde beschlossen; selbstverständlich sollte nun Preußen auch so viel an den Niederrhein schicken[1]).

Die Verhandlungen über die Bildung des Konzertes versprachen, eine lange Zeit in Anspruch zu nehmen[2]). Österreich durfte aber so lange die Antwort auf die Forderung der französischen Regierung vom 21. Januar und vor allem auf die scharfen Beschlüsse der Nationalversammlung vom 25. Januar nicht aufschieben. Sie wurde mit Preußen vereinbart[3]). Kaunitz ergriff die Gelegenheit, scharf gegen das Treiben der Jakobiner zu wettern und den gutgesinnten Teil des französischen Volkes, der an der Verfassung festhalte, seines Beistandes zu versichern. Sollte sich aber diese Partei weiter die Herrschaft anmaßen und gar zum Angriff schreiten, so drohte er mit der Intervention des europäischen Konzertes[4]). Er ließ seinen Noten die weiteste Verbreitung geben,

---

10. Februar 1792. Kaunitz lehnte das ab, da die sechs Punkte nur die Grundlage für das Konzert, nicht für die Deklaration sein sollten. Über sie müsse man sich später einigen.

[1]) Vivenot I 235, 240, 263.

[2]) Vivenot I 262 und 263.

[3]) Johann August Reuß, Teutsche Staatskanzley Bd. 35 (Ulm 1797), S. 164. Allgemein war damals die Ansicht verbreitet, daß Preußen sich von Wien aus leiten lasse. Correspondance diplomatique du Baron de Staël-Holstein publ. p. L. Leouzon Le Duc. Paris 1881. Nr. 244 (26. Januar 1792). — A. Geffroy, Gustave III et la cour de France. 2. éd. (Paris 1867). II 463 ff.

[4]) Das war ganz im Sinne der Feuillants. Vivenot I 257, 258, 264; Ranke 134 ff.; Lenz 309—310; Glagau 168—177; H.E. Bd. 157—158.

um dadurch die gewünschte Einschüchterung der radikalen Partei zu erreichen[1]). Gerade das Gegenteil davon trat ein. Nur mit W o r t e n, nicht mit Waffengewalt, hoffte er, das Ziel zu erreichen. Gefahrdrohender als je erschien ihm und seinen Genossen ein Krieg gegen die Revolution[2]).

Man sieht, die österreichischen Tendenzen waren von den preußischen außerordentlich verschieden. Fragt man sich nun, ob es Bischoffwerder gelungen ist, die preußischen Forderungen ganz oder zum Teil durchzusetzen, so wird man mit einem Nein beinahe in jeder Beziehung antworten müssen[3]). In der polnischen Frage gab er den noch in Dresden festgehaltenen Standpunkt bei dem ersten österreichischen Ansturm preis. Ich glaube, er hoffte durch diese Nachgiebigkeit in einer Sache, deren weittragende Bedeutung er gar nicht zu erkennen schien, Österreich zu Konzessionen in der französischen Frage herumzubekommen. Aber der Erfolg entsprach dem nicht. Wohl ließen sich Kaunitz und auch Spielmann zuerst allerlei Äußerungen entlocken, die, verbunden mit der scheinbar etwas größeren Neigung des neuen Königs, des späteren Kaisers Franz II., in den Krieg einzutreten, gute Hoffnungen zu rechtfertigen schienen. Aber bald zeigte es sich, daß alles nur Strohfeuer war. Die österreichische Politik blieb im März in der Hauptsache dieselbe wie unter Leopold. Bis Ende Mai haben wir immer noch trotz Bischoffwerders mannigfacher gegenteiliger Äußerungen Kaunitz als ihren Leiter zu betrachten. Preußen wünschte, daß die Einladungen, seinem Bunde mit Österreich beizutreten, an England, Holland, Sachsen und Rußland schnell ergingen. Österreich zögerte den Erlaß bis Mitte April hin. Dasselbe geschah mit der Aufforderung, dem geplanten Konzert der europäischen Mächte beizutreten. Militärische Maßregeln in preußischem Sinne wurden vor Bischoffwerders Abreise noch nicht getroffen. Kurz, wohin man blickt, es ist die alte österreichische Politik, die, wenn irgend möglich, den Bruch mit Frankreich zu vermeiden sucht. Nun wird man allerdings die Schuld an dem Scheitern der preußischen Pläne nicht allein auf die Unfähigkeit von Bischoffwerder schieben dürfen. Auch ein besserer Diplomat hätte sich wohl an der Lösung dieser Aufgabe umsonst abgemüht. Ich möchte hier

---

[1]) C l a p h a m 230—231.
[2]) H.E. Bd. 152—156, 191—193, 196—200.
[3]) C l a p h a m 239.

nicht die Tätigkeit von Jacobi zum Vergleich heranziehen, da er bei den Österreichern zu schlecht angeschrieben war, um wirklichen Einfluß ausüben zu können[1]). Er war eigentlich doch nur Berichterstatter, dies allerdings in bestem Sinne, ohne selbständige Bedeutung. Wohl aber ginge es an, die Versuche von Haugwitz, der ja manche Ähnlichkeit mit Bischoffwerder zeigt, im Sommer und Herbst dieses Jahres mit dessen Tätigkeit zu vergleichen. Namentlich für den November und Dezember wird man doch Haugwitz die Anerkennung nicht versagen können, daß er alles, was in seinen Kräften stand, für die Durchsetzung der preußischen Forderungen getan hat. Trotzdem war der Erfolg beinahe noch geringer als jetzt im März, da Österreich sie zwar öffentlich genehmigte, geheim aber ihre Ausführung zu verhindern suchte. Zu solchen Künsten brauchten die Österreicher Bischoffwerder gegenüber ihre Zuflucht jedoch nicht zu nehmen. Er ließ sich leichter zu der Ansicht bringen, daß Österreich auch für die preußischen Interessen sorge. Er erfaßte sie nicht scharf genug in ihrer Eigenart und verstand es daher auch nicht, sie im Kampfe mit gewandteren Gegnern zur Geltung zu bringen. Für die österreichischen Rüstungen vor der französischen Kriegserklärung, ja zum Offensivkriege gegen die Revolution im Bunde mit Preußen, bevor sie in Wien bekannt wurde, scheint mir daher die Tätigkeit Bischoffwerders von gar keiner Bedeutung zu sein. Nur die Wahl des Herzogs von Braunschweig zum Oberbefehlshaber über die Truppen beider Mächte erhielt die österreichische Zustimmung durch seine Vermittlung. Ich wage nicht einmal, ihm das als Verdienst anzurechnen. Vor allem — mochte diese Tatsache nachher von so verhängnisvoller Bedeutung sein, jetzt erschien die Nachgiebigkeit Österreichs doch nur als bedeutungsloser Gefallen, den es dem hochgespannten Stolze Friedrich Wilhelms auf seine Armee erwies, und die Österreicher wie den Herzog selbst werden wir bald am Werke sehen, sie in ihrer Bedeutungslosigkeit zu kennzeichnen, diese noch zu vermehren. Wir werden uns also auf einer anderen Seite nach Gründen oder besser nach Anlässen für den Ausbruch des Krieges umsehen müssen, und es kann kein Zweifel daran sein, woher der Anstoß kam, von Frankreich selbst, und zwar auf doppeltem Wege, öffentlich und geheim.

[1]) A. Beer, Joseph II., Leopold II. und Kaunitz, S. 378—379; Ranke, Sämtliche Werke 47, 275; Wittichen, Polnische Politik 27 und 102.

Inhalt der hier nicht gedruckten Teile der vollständigen Arbeit

In Kapitel 3 und 4 des ersten Teils wird der Nachweis zu erbringen versucht, daß Österreich auch unter Franz II. sich auf die Verteidigung beschränken wollte, aber sich infolge der Gefahr für seine bedrohten Landesteile an der französischen Grenze von Preußen für ein offensives Vorgehen gewinnen ließ, bei dem es allein auf Hilfe seitens dieser Macht zählen konnte. Preußen erscheint demnach als derjenige Staat, der dem Kriege seine große Bedeutung verlieh. Der Grund dafür ist weniger in persönlichen Interessen oder in dem Streben nach einer Verbindung mit der neu zu festigenden französischen Monarchie zu suchen, als vielmehr in dem Wunsche, Eroberungen zu machen.

Diesem einleitenden Teil, für den ich nur in geringem Umfange Akten habe heranziehen können, folgt der zweite, der die Vorbereitung zum Kampfe behandelt. Die französische Regierung suchte die anderen europäischen Mächte, besonders Preußen, vom Kriege fernzuhalten. Aber bei dieser Macht hatte sie kein Glück. Ihre eigenen Schritte riefen ebenso wie die militärischen Ereignisse die Anschauung hervor, daß der Feldzug keine große Anstrengung erfordern werde (Kap. 1). In besonderen Manifesten suchten Österreich und Preußen die Schuld am Kriege von sich auf die Franzosen, speziell die Jakobiner, abzuwälzen, denen allein der Kampf gelte. Mit dem Manifest des Herzogs von Braunschweig wollte man Schrecken verbreiten und damit den Heeren die Arbeit erleichtern (Kap. 2). Inzwischen suchte sich Preußen mit Österreich über die Kriegskostenentschädigung zu verständigen. Das Eingreifen Rußlands in Polen gewährte Preußen die Möglichkeit, sich hier zu entschädigen; dafür gab es seinen Einspruch gegen den von Österreich gewünschten Tausch Belgiens gegen Bayern auf. Aber als Österreich weitergehende Forderungen stellte, die preußischen jedoch herabzudrücken versuchte, da kam in das österreichisch-preußische Bündnis der erste Riß hinein.

Preußen begann sich Rußland zu nähern, wobei ihm das eben mit dieser Macht abgeschlossene Bündnis trefflich zu statten kam (Kap. 3).

Der dritte Abschnitt beruht vorwiegend auf den Arbeiten von Chuquet. Die militärischen Ereignisse werden nur skizziert zum Verständnis der politischen Vorgänge. Zunächst wird der Feldzugsplan und die Stärke der deutschen Heere geschildert (Kap. 1). Nach dem Fall von Verdun hegte man im deutschen Lager die kühnsten Erwartungen, denen durch das Standhalten von Dumouriez und Kellermann ein Ende gemacht wurde (Kap. 2). Vergeblich versuchte man die Generale zu gewinnen; vergeblich versuchten sie, Preußen von der Koalition abzulösen, ja einen allgemeinen Frieden zu stande zu bringen (Kap. 3 u. 4). Der Konvent nahm den Krieg gegen Europa auf, den zu vermeiden ihm seine Prinzipien nicht erlaubten und suchte nur — wieder vergebens — Preußen für sich zu gewinnen (Kap. 5).

Der vierte Abschnitt bringt für die Politik Preußens die Lösung. Trotz des Scheiterns der Kampagne in Frankreich kommt es zu seiner Entschädigung. Zwar erweist sich der Versuch, bei dem Spielmann und Haugwitz besonders hervortreten, eine Einigung mit Österreich zu erzielen, trotz des weitgehenden preußischen Entgegenkommens als gescheitert (Kap. 1 u. 2). Nur äußerlich gab Österreich nach. Aber dafür kam Rußland jetzt den Preußen im eigenen Interesse entgegen. Die polnische Frage konnte nicht länger ungelöst bleiben. Der Vertrag vom 23. Januar 1793 zwischen Rußland und Preußen ist gleichbedeutend mit der zweiten Teilung Polens (Kap. 3). In einem Schlußwort wird gezeigt, daß Österreich schon andere Bahnen verfolgte, als die Mitteilung des erwähnten Vertrages eintraf. Die Änderung seiner Politik erhielt ihren Abschluß durch den Sturz des preußenfreundlichen Ministeriums und durch die Ernennung Thuguts. Aber auch Rußland rückte langsam von Preußen ab. Damit begann Preußens Isolierung, die schließlich zu der Katastrophe von 1806 führte.

Lebenslauf

Ich, Kurt Ernst Friedrich Rudolf Heidrich, evangelischer Konfession, bin geboren am 17. Dezember 1884 zu Nakel (Netze) in der Provinz Posen als Sohn des Geheimen Regierungsrats Gymnasialdirektors a. D. Rudolf Heidrich und seiner Frau Anna geb. Meyer. Nachdem ich ein Jahr lang die Vorschule besucht hatte, trat ich Ostern 1893 in das Königliche Gymnasium zu Nakel ein und verließ es Ostern 1902 mit dem Zeugnis der Reife. Ich studierte darauf je ein Semester in Straßburg, Leipzig und München, seitdem in Berlin, hauptsächlich Geschichte und Geographie. Ich hörte Vorlesungen bei folgenden Herren Professoren und Dozenten: Borinski, Brandenburg, Brentano, Breßlau, Dilthey, v. Drygalski, Gardthausen, Gerland, Grund, Harnack, v. Heigel, Heintze, Hintze, Leitschuh, Lenz, v. d. Leyen, Meinecke, E. Meyer, R. M. Meyer, Penck, Preuß, Ratzel (†), v. Richthofen (†), Roethe, Schäfer, Schmarsow, E. Schmidt, Seeliger, Spahn, Stumpf, Wölfflin, Ziegler. An Übungen durfte ich teilnehmen bei den Herren: Bloch, Brandenburg, v. Drygalski, Hintze, Lenz, H. Oncken, Penck, Preuß, Riehl, v. Richthofen, Schäfer, Tangl. Allen diesen Herren fühle ich mich zu warmem Danke verpflichtet, besonders noch Herrn Geheimrat Schäfer, der mir die Anregung zu einer Seminararbeit über „Die Datierung der Briefe in Brunos Sachsenkrieg“ gab, welche im Neuen Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde Bd. XXX erschien. Das Amt eines Bibliothekars des Historischen Seminars durfte ich im Auftrage der Herren Direktoren vom 1. Juni 1905 bis zum 31. Juli 1906 verwalten. Herr Geheimrat Lenz hatte mir bereits

im Kolleg für die vorliegende Arbeit die Richtung angegeben, die ich dann weiterverfolgen konnte. Er hat die Arbeit stets mit dem wohlwollendsten Interesse verfolgt und sie mit seinem Rate gefördert, wofür ich ihm auch an dieser Stelle meinen ergebensten Dank aussprechen möchte. Herrn Archivar Dr. M. Klinkenborg habe ich für die überaus freundliche Anleitung und Unterstützung bei der Arbeit im Berliner Geheimen Staatsarchiv zu danken. Die Promotionsprüfung habe ich am 21. Mai 1908 bestanden.